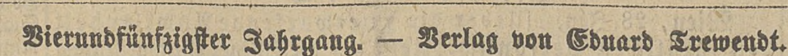
Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.



Nr. 48. Mittag-Ausgabe. Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 29. Januar 1873.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

35. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (28. Januar.)

11 Uhr. Am Ministertische Graf Königsmarck mit mehreren Commissarien.

Nachdem der Gesetzentwurf, betreffend die Ablösung der auf Forsten haftenden Berechtigungen und die Theilung gemeinschaftlicher Forsten für die Provinz Hannover, in dritter Berathung endgültig genehmigt ist, setzt das Haus die zweite Berathung des Etats der landwirthschaftlichen Verwaltung fort.

Zu Capitel 110 (Landesmeliorationen) verlangt Abg. Mühlenbeck ein Gesetz, betreffend den Waldschutz. Es hat schon einmal ein solches vorgelegen, das jedoch über das Stadium der Commissionsberathung nicht herausgekommen ist. Graf Königsmarck wird wohl bis zur nächsten Session eine Vorlage vorbereiten können.

Geh. Rath Greiff sagt für die nächste Session eine Vorlage zu, die den Grundzügen, welche die Commission des Hauses aufgestellt hat, entsprechen wird.

Abg. Parisius erneuert seine alljährliche Beschwerde, daß bei vielen Ent- und Bewässerungs-Gesellschaften die Interessenten oft mehr Schaden als Nutzen haben; es werden Wiesen entwässert und durch die Trockenlegung fast ganz nutzlos gemacht. Hauptsächlich geschehe das in Ostpreußen, wohin sich der Beamte ungern versetzen läßt und wohin man daher jugendliche Streber zu schicken pflegt, die nicht viel von der Sache verstehen und bureaukratisch zu regieren versuchen. Für solche Schädigungen muß ein Ersatz gesucht werden.

Geh. Rath Greiff: Bei so großen Unternehmungen ist allerdings nicht sofort ein Nutzen zu sehen; man muß eben warten. Einige Interessenten haben vielleicht auch zu Anfang Schaden. Das gilt hauptsächlich für die Deichverbände und Entwässerungs-Genossenschaften. Durch Trockenlegung der Wiese geht die Wiesennutzung freilich verloren, aber mit der Zeit kann das Terrain als Acker benutzt werden.

Anläßlich der zur Förderung der Pferdezucht ausgesetzten Mittel fragt Abg. Mithoff, ob die alten Körordnungen durch die neue Gewerbeordnung aufgehoben seien; in der Provinz Hannover existiren mehrere solche Ordnungen in gewissen Gegenden, deren Fortbestand im Interesse der Züchtung von Pferden und Rindvieh wünschenswerth sei. Geh.-Rath Greiff erwidert darauf, daß die Körordnungen formell durch die Gewerbeordnung zwar aufgehoben seien, daß aber nichts im Wege stehe, in ihrem Sinne zu verfahren.

Abg. v. Kardorff beantragt, die königliche Staatsregierung aufzufordern, den Fonds zu Prämien für die Zucht von Hengsten und Stuten im Besitz von Vereinen und Privaten im Etat für 1874 angemessen zu erhöhen. Er führt aus, daß 50 Thaler für jeden Kreis viel zu wenig sind, um überhaupt als Prämie gelten zu dürfen und als solche zu wirken. Die Pferdezucht bedarf aber der Unterstützung, weil die Schlagfertigkeit der Armee und die Landeskultur einen Pferdebestand verlangt, der durch fremde Kriege erheblich geschwächt ist.

Der Antrag wird an die Budgetcommission verwiesen.

Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich 150,000 Thlr. als erste Rate für den Bau eines landwirthschaftlichen Museums; die Budgetcommission hat beantragt, diese Summe nicht zu bewilligen.

Ref. v. Wedell-Malchow: Am 29. Februar 1872 beschloß das Haus durch Resolution, daß die Staatsregierung womöglich noch in derselben Session die Mittel für ein landwirthschaftliches Museum fordern und einen Bauplan vorlegen möge. Dies ist bis jetzt nicht geschehen, auch haben die Vertreter der Regierung in der Commission erklärt, daß es nicht möglich gewesen sei, einen passenden Bauplatz zu finden. Es ist in der Commission das Bedauern ausgesprochen, daß die Angelegenheit noch verzögert werde. Indessen ist zu hoffen, daß die Vorlage bald erfolgen wird.

Abg. v. Benda: Herr v. Selchow hatte eine Commission eingesetzt, zu der auch ich gehörte, um ein für das Museum passendes Grundstück aufzusuchen. Wir haben eifrig gesucht, aber die Plätze waren bald zu theuer, bald nicht geeignet. Vollkommen geeignet schien mir das Grundstück der jetzigen Thierarzneischule mit ihren großen Räumlichkeiten zu sein. Es ist eine riesige Aula da, welche vor 19 Jahren zum letzten Male benutzt worden ist; außerdem noch ein Wohngebäude, welches von einigen Damen und, wie ich glaube, Offizieren bewohnt wird. Herr v. Selchow ging auf diesen Plan nicht ein. Ein landwirthschaftliches Museum muß natürlich würdig ausgestattet und mit den nöthigen Einrichtungen versehen sein. Ich stelle daher nochmals den Antrag, die Staatsregierung wiederholt aufzufordern, mit der Gründung des Museums vorzugehen.

Abg. Virchow: Ich theile durchaus den Wunsch, daß die sehr werthvollen Sammlungen des landwirthschaftlichen Museums bald und dauernd untergebracht werden. Nichts desto weniger kann ich dem Antrage Benda nicht zustimmen, denn diese Museumsfrage kann nicht für sich allein gelöst werden. Das Museum muß auch räumlich mit der ganzen landwirthschaftlichen Akademie, welche die Regierung zu bilden beabsichtigt, in Verbindung treten. Bei dieser Akademie kommt zunächst ihre Stellung zu den Universitäten in Betracht. Die hier in Rede stehende Anstalt hatte bis jetzt ein höchst wunderbares, schattenhaftes Dasein; mag man noch einen so berühmten Lehrer an die Spitze stellen, sie hat wenig Schüler und leistet sehr wenig; denn Schüler und Lehrer allein machen noch keine Schule, dazu gehören vollständig geordnete Lehrmittel.

Wollte die Regierung überhaupt für jedes Ressort Anstalten, wie landwirthschaftliche, Gewerbe-, Handelsakademien besonders errichten und mit allen nothwendigen Mitteln ausstatten, so würden sich allmälig nicht zu befriedigende Ansprüche an den Staatssäckel richten, und schließlich Institute erstehen, die so theuer wären, wie das Militär. Man verhandelt gegenwärtig schon z. B. die Frage der Errichtung eines großen mineralogisch-chemischen Laboratoriums für die Universität; wollte man nun auch noch speciell für die Landwirthschaft ein solches gründen, so würden die Kosten ganz enorm anwachsen. Soll überhaupt das landwirthschaftliche Lehrinstitut mit allen dazu gehörigen Mitteln in Berlin errichtet werden, so frage ich, ob dasselbe nicht besser an die Peripherie als in das Centrum der Stadt zu setzen sei; dort sind die geeigneten Lokalien leichter und billiger zu beschaffen. Man ist jedoch gegenwärtig in der Stadt herumgefahren, um einen passenden Platz für das Museum zu finden, hat aber an eine räumliche Combination mit dem ganzen Institut nicht gedacht. Natürlich wird der Minister in den wenigen Tagen bis zur dritten Lesung keine definitive Antwort über alle diese Dinge treffen können. Wir verlangen, daß er mit seinen Collegen vorher, besonders dem Unterrichtsminister, zu Rathe gehe und uns einen geordneten Plan vorlege. Keinerlei Eifersucht bewegt mich dabei, aber wenn wir die Mittel für eine landwirthschaftliche Lehranstalt bewilligen, so erwarte ich auch, daß sie als eine Art Modell, als eine Art Reichsanstalt hingestellt werde.

Abg. Dr. Windthorst (Meppen): Es wird überhaupt eine solche Anstalt in Berlin nicht zweckmäßig angelegt werden können, denn sie ist gar sehr auf den Augenschein angewiesen, wofür Berlin nicht der geeignetste Ort ist. Dazu hat der theure Aufenthalt in Berlin die Studirenden nach Leipzig getrieben, wo Berlin bereits überflügelt ist.

Abg. Dr. Virchow: Die größere Frequenz der Leipziger Universität ist aber doch darin begründet, daß die Stadt alle neue Lehranstalten an ihre Peripherie legt und dort den Studenten allerdings auch die Möglichkeit der Existenz sichert. Die landwirthschaftlichen Lehranstalten müssen entweder als besondere, für sich bestehende, alles Nothwendige selbständig darbietende Einrichtungen dastehen, oder es wird ihre innige Verbindung mit einer Universität gebracht werden, wie es z. B. in Göttingen und Königsberg geschieht.

Abg. v. Gottberg: Man kann eine Sache zwiefach anfeinden, einmal durch sachliche Gründe, sodann durch Aufstellung von etwas besserem, von dessen Unerreichbarkeit man vorher überzeugt ist. Der Vorredner hat den besten Willen, Museum und Lehranstalt an der Peripherie der Stadt errichtet wissen, bis da nicht zu Stande kommen können. Wir müssen bestrebt sein, daß aus der Sache etwas werde.

Abg. Dr. Virchow: Ich bestreite entschieden die Behauptung, daß ich nur ein gefälschtes Interesse an der Landwirthschaft nehme; sondern was ich gesagt habe, ist meine wissenschaftliche Ueberzeugung. Ich gönne der Landwirthschaft das Beste, aber die Herren auf der Rechten sollten sich nicht immer mit der Phrase begnügen, die Anstalt müsse mitten in der Stadt liegen.

Nach dem Commissionsantrage wird darauf die Bewilligung der 150,000 Thaler als erste Rate zur Errichtung eines landwirthschaftlichen Museums in Berlin **abgelehnt** und der Antrag v. Benda's an die Budgetcommission verwiesen.

Zum **Etat der Gestütverwaltung** bemerkt der Regierungscommissar **Dannemann**: Dieser Etat hat im vorigen Jahre hier mehrfache Anfechtungen erfahren, weil in demselben Durchsichtigkeit und Uebersichtlichkeit vermißt wurde. Die Regierung hat das in Erwägung gezogen, hat sich aber überzeugt, daß eine andere Etatsnorm sich nicht empfehle, sondern daß eine Vervollständigung nur in den Anlagen des Etats Ihren Wünschen am besten genügen würde. Die Commission ist aber anderer Ansicht gewesen und hat den vorgelegten Etat völlig umgearbeitet. Das Resultat dieser Umarbeitung ist jedoch ein solches, daß die Regierung den Etat, wie er jetzt vorliegt, weder für klar, noch wahr, noch practisch anerkennen kann (Murren und Widerspruch). Wir können jetzt aus dem Etat nicht ersehen, was die Haupt- und was die Landgestüte kosten. Die Specialisirung ist so weit getrieben, daß z. B. in Titel XIV. beim Rheinischen Landgestüt ein Gehalt von 550 Thlr. ausgesetzt ist, man weiß nicht, ob für einen oder zwei Beamte. Practisch konnte bisher die Regierung Veränderungen im Etat machen, in 1 oder 2 Zeilen gestellt, jetzt soll sie in der Rechnungslegung Position für Position die Abweichungen nachweisen; ist das practisch? (Hört? Heiterkeit.) Das ist eine Arbeit, die der Regierung und dem Hause das Leben unnütz sauer macht. Die Regierung wird versuchen, mit diesem Etat zu wirthschaften, kann denselben aber nur für einen höchst verunglückten ansehen (Murren).

Abg. **Donalies**: Das Hauptgestüt zu Trakehnen liegt in meinem Wahlkreis, und ich muß daher aus eigener unmittelbarer Kenntniß ein Verfahren des früheren Ministers v. Selchow charakterisiren. Er hat den dortigen Beamten die gesetzlich ihm auferlegten Gehaltserhöhungen nicht einfach bewilligt, sondern die Bedingung daran geknüpft, sich eine Regulirung der ihnen zustehenden Naturallieferungen gefallen zu lassen. Die Beamten hätten danach dort nicht allein keine Zulage, sondern zum Theil eine Gehaltsverminderung von 100—300 Thalern gehabt, sie lehnten die Regulirung ab und dem Gesetz ist also thatsächlich nicht genügt worden. Ich wünsche darüber Aufklärung und behalte mir eine eventuelle Resolution für die dritte Lesung vor.

Regierungs-Commissar **Dannemann**: Die betreffenden Gestütsbeamten sind vor andern Beamten in so fern bevorzugt, als sie Naturalien zu sehr niedrig berechneten Preisen beziehen. Bisher ist nun bei Gehaltserhöhungen immer, um einem Monitum der Oberrechnungskammer zu entgehen, gefragt worden, ob die Beamten lieber das baare Geld haben oder die Berechnung der Naturalien zu dem Tagespreise sich gefallen lassen wollen.

Abg. v. **Kardorff**: Mir ist selten ein herberes Urtheil über eine Arbeit einer Commission dieses Hauses vorgekommen, als wir es heute von dem Regierungscommissar gehört haben (Sehr wahr). Ich bestreite entschieden, daß die Arbeit der Budgetcommission nicht klar, nicht wahr und nicht praktisch sei. Schon durch die streng durchgeführte Spezialisirung bietet sie viel größere Klarheit als der ursprüngliche Regierungsetat. Freilich ist es der Regierung praktisch leichter, über ein alles mögliche umfassendes Pauschquantum Rechnung zu legen, als über spezialisirte Einzelpositionen. Aber die Controle der Landesvertreter würde dadurch unverantwortlich beeinträchtigt (Zustimmung).

Herr **Donalies**: Die Antwort des Regierungs-Commissars hat mich in keiner Weise befriedigt. Die letzte Gehaltserhöhung war gesetzlich gefordert, und der Minister konnte daher nicht bestimmte Bedingungen daran knüpfen. Ich behalte mir also meine Resolution für die dritte Lesung vor.

Referent v. **Wedell** (Malchow): Da der Regierungs-Commissar an sämmtlichen Commissionsberathungen persönlich Theil genommen hat, bin ich um so mehr erstaunt, eine so schroffe Kritik dieses Etats von demselben Regierungs-Commissar zu vernehmen. Der Etat der Regierung litt an sehr vielen Mängeln und hätte ich die Wahl, so müßte ich unzweifelhaft mich für das Elaborat der Budget-Commission, d. h. für mein eigenes, entscheiden. Die Klarheit des Regierungs-Etats lag darin, daß eigentlich Niemand im Hause wußte, was er bewilligte. Für nicht wahr könnte man mit demselben Rechte alle anderen Etats erklären, in denen etwa inzwischen eine Abweichung thatsächlich sich herausgestellt hat. Was das praktische betrifft, so hat das Haus nicht darauf zu sehen, es der Regierung in der Rechnungslegung recht bequem zu machen. (Sehr gut!) Und wenn schließlich das Experiment als verunglückt bezeichnet wurde, so überlasse ich das dem Urtheil des Hauses und der Zukunft und hoffe, daß mit diesem Etat noch recht lange gewirthschaftet werden wird, auch dann, wenn vielleicht andere Räthe als gegenwärtig in dieser Verwaltung sitzen. (Sehr gut!) Verzeihen Sie, meine Herren, wenn ich vielleicht etwas erregt spreche (Rufe: Nein! nein! sehr gut gesprochen!), aber jeder andere hätte mit noch viel schärferen Ausdrücken eine solche Kritik zurückgewiesen. (Lebhafter Beifall.)

Die Positionen dieses Etats werden hierauf sämmtlich nach den Anträgen der Budgetcommission bewilligt, darunter in specie 80,000 Thlr. für die Errichtung eines Landesgestüts in der Provinz Pommern (erste Rate).

Es folgt der Antrag **Miquel**: In **Erwägung**, daß die in den verschiedenen Provinzen der Monarchie in Geltung befindlichen Städte-Ordnungen in sehr wesentlichen Beziehungen ohne innere Berechtigung durchaus abweichende Bestimmungen enthalten; in **Erwägung**, daß dies insbesondere der Fall ist, in Bezug auf: die Form der Erlangung des Bürgerrechtes, die Abstimmung bei der Wahl der Stadtverordneten (Bürgervorsteher), die Bildung der Magistrats-Collegien, die Dauer der Dienstzeit der Mitglieder des Magistrats, und die Wahl derselben, die Bestätigung der unbesoldeten Magistrats-Mitglieder, die Erledigung von Differenzen zwischen den Beschlüssen der städtischen Collegien, die gemeinschaftliche Berathung derselben, die Grenze des communalen Besteuerungsrechtes, die Befugniß der Staatsregierung, die Polizeiverwaltung oder einzelne Zweige derselben Staatsbeamten zu übertragen, beziehungsweise durch Staatsbeamte ausüben zu lassen, die gesetzlichen Schranken des Ober-Aufsichtsrechtes des Staates über die Stadtverwaltung.

In **Erwägung**, daß außerdem der § 170 der Kreisordnung nach Erlaß der letzteren eine anderweite Regelung der Zuständigkeiten der Stadtkreise erfordert: die Staatsregierung aufzufordern: **Behufs Ausgleichung der vorstehenden Verschiedenheiten in den städtischen Verfassungen der Monarchie beziehungsweise Behufs anderweiter Regelung der Theilnahme der Stadtkreise an den Geschäften der allgemeinen Staatsverwaltung**, spätestens dem nächsten Landtage einen **Gesetzentwurf** vorzulegen.

Abg. **Miquél**: Abgesehen davon, daß die neue Organisation unserer ländlichen Verbände, uns von selber auf die entsprechende Reform der Städteverfassung hinweisen muß, ergiebt sich die Nothwendigkeit dazu schon aus der außerordentlichen Verschiedenheit der im Umfange der Monarchie bestehenden Städteordnungen. Wir haben deren **neun**; eine für die sechs östlichen Provinzen, eine für die Rheinlande, eine für Westphalen und wieder andere für Neuvorpommern und für Hannover, ferner je eine Gemeinde-Ordnung für Hessen, Nassau und Frankfurt a. M. und endlich die erst vor einigen Jahren geschaffene Städteordnung für Schleswig-Holstein. Ich bin nun durchaus kein Freund schablonenmäßiger Gleichmacherei, aber die Furcht davor berechtigt uns nicht, wesentliche Abweichungen in der inneren Organisation der städtischen Gemeinden und in ihrem Verhältnisse zum Staate bestehen zu lassen. Verschiedenheiten zwischen den Verfassungen der östlichen Städte und denen des Westens mögen immerhin noch gerechtfertigt erscheinen, aber Differenzen, wie sie sich zwischen der westphälischen und rheinischen Städteordnung befinden, haben keine Berechtigung. Ich habe mich nun gefragt, empfiehlt es sich, das unzweifelhaft bestehende Reformbedürfniß durch eine allgemeine Städteordnung oder durch eine Novelle zu befriedigen, welche nur diejenigen Punkte regelt, in denen eine gleichartige Behandlung unbedingt geboten erscheint.

Der Versuch, selbst eine derartige Novelle zu construiren, überzeugte mich von der Unmöglichkeit der Ausführung. Das gilt schon von der formellen Fassung des betreffenden Gesetzes. Man kann wohl eine Novelle zu einem aber nicht zu 8 Gesetzen machen, denn eine solche Vorlage würde absolut unverständlich sein und die größte Verwirrung anrichten. Es ist daher nur eine einheitliche Regelung der ganzen Materie möglich, in deren Grenzen Raum bleiben muß und wird für statutarische und provinzielle Besonderheiten der einzelnen Städte. Absichtlich bin ich mit meinem Antrage auf diesen Punkt nicht genauer eingegangen, möge die Regierung selbst zusehen und prüfen, sie wird sich überzeugen, daß die Gesetzgebung nur diesen Weg einschlagen kann. Ich will hier nicht ausführlich auf die einzelnen Verschiedenheiten der Städteverfassungen eingehen, — denn sonst müßte ich die Aufmerksamkeit dieses Hauses viele Stunden in Anspruch nehmen — sondern nur eine wesentliche Abweichung anführen. Nach einigen Städteordnungen wird das Bürgerrecht ipso jure erworben, so wie eine gewisse gesetzlich bestimmte Qualification des Eingesessenen vorhanden ist, nach anderen bedarf es hierzu einer ausdrücklichen Verleihung durch die Commune, und hat derjenige, welcher die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt, ein Recht diese Verleihung zu fordern, und noch andere Verfassungen geben ihm dieses Recht nicht. Gleiche Verschiedenheiten herrschen über die Höhe des Bürgergeldes und darüber, von wem dasselbe erhoben wird, bald wird es von jedem Zuziehenden, bald nur von dem, welcher das Bürgerrecht erwirbt, bald gar nicht erhoben. Schon wegen des Freizügigkeits- und des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes sind hier einheitliche Normen aufzustellen.

Die Stadtverordneten werden hier in geheimer, dort in öffentlicher und namentlicher Abstimmung gewählt und wiederum an andern Orten ist es dem Wähler überlassen, wie er abstimmen will, und weitere Abweichungen existiren über die Leitung der Wahlen und die Abgrenzung der Wahlbezirke. Ein schneidender Gegensatz herrscht ferner hinsichtlich der Zusammensetzung des Magistrats und der ihm zustehenden Exekutive. Während in den alten Provinzen ein Collegium besteht, haben wir am Rhein und in Nassau das ausgebildete Präfectural-System mit einem Bürgermeister an der Spitze des Gemeinderaths, welche denselben einberuft, seinen Sitzungen präsidirt, die Tagesordnung feststellt und sogar Beschlüsse suspendiren kann. Selbst, wenn man mit der Tendenz meines Antrages nicht allseitig einverstanden sein sollte, darin wird hoffentlich jeder mit mir einig sein, daß es wünschenswerth ist, diese Präfectenstellung der rheinischen Bürgermeister zu beschränken. Was nun die Wahl der Magistrats-Mitglieder betrifft, so werden sie bald gemeinsam vom Magistrats-Collegium und den Stadtverordneten, bald von einem Ausschuß beider Versammlungen gewählt; und wie verschieden sind die Bestimmungen über die Dienstzeit der Magistrats-Personen. Größtentheils werden die Bürgermeister auf 12, die Stadträthe auf 6 Jahre gewählt, in Hessen unter Umständen auf Lebenszeit und in Hannover müssen sogar sämmtliche Magistratsmitglieder lebenslänglich gewählt werden. Das kann doch unmöglich aufrecht erhalten bleiben. Was speciell die Bestätigung der Gewählten durch die Regierung anbetrifft, so hoffe ich, daß in unserer allgemeinen Städteordnung die Bestimmungen der hessischen Gemeindeordnung adoptirt werden, insofern sie nur die Bestätigung der Bürgermeisterwahl fordern, die Wahl der Stadträthe aber frei ist.

Handelt es sich nun um Differenzen zwischen den Beschlüssen der beiden städtischen Behörden, so intervenirt an der einen Stelle die Regierung eo ipso, an einer anderen dagegen nur, wenn ihre Entscheidung angerufen wird. Das Richtigste bestimmt hier unzweifelhaft die Schleswig-Holstein'sche Städteordnung, da nach ihr Differenzen, welche nicht auf den der staatlichen Oberaufsicht überlassenen Gebieten liegen, gar nicht durch die Regierung entschieden, sondern der schließlichen Einigung beider Collegien überlassen werden. In einzelnen Theilen der Monarchie berathen Magistrat und Stadtverordnete gemeinschaftlich, während in den östlichen Provinzen eine höchst bedenkliche Bestimmung die gemeinsame Berathung direct ausschließt und so die Einigung beider Factoren ungemein erschwert und oft geradezu unmöglich macht. Das Besteuerungsrecht der städtischen Behörden geht in den alten Provinzen viel weiter als in Hannover, wo es nicht gestattet ist, Actien-Gesellschaften und Forensen anders als zur Grund- und Gebäudesteuer heranzuziehen, so daß das colossale übrige Vermögen solcher Gesellschaft, dessen Besteuerung die städtischen Interessen auf's Höchste fördern würde, völlig steuerfrei bleibt. Wieder andere Abweichungen in den den Städten überlassenen Zweigen der Polizeiverwaltung und in den Kosten derselben! Nach meiner Meinung sollten Bau-, Sanitäts-, Gewerbe- u. s. w. Polizei Sache der städtischen Verwaltung sein und der Staat sich beschränken, in den größeren Städten die Sicherheitspolizei zu handhaben.

Endlich ist in einigen Städteordnungen das Oberaufsichtsrecht des Staates allgemein ausgesprochen, während in anderen gewisse Fälle der staatlichen Oberaufsicht besonders hervorgehoben sind. Ich könnte dieses Bild noch lange fortsetzen, ich beschränke mich aber auf das Angeführte. Das Bedürfniß einer Reorganisation folgt aber auch aus der neuen Ordnung unserer ländlichen Verbände, aus dem Umstande, daß eine Reihe staatlicher Functionen an Kreise und Gemeinden übergegangen ist. Anfangs hatte die Regierung die Absicht, diese Functionen auch den zu Stadtkreisen constituirten Communen zuzuweisen, einen Stadtausschuß nach Analogie des Kreisausschusses zu bilden. Sie überzeugte sich später zugleich mit diesem Hause, daß die Ausführung dieses Planes zur Zeit unmöglich sei, daß sie die größte Verwirrung anrichten müßte. Wir müssen es von Haus aus bedauern, daß in einer Zeit, wo die ganze Reorganisation unserer Verwaltung in Fluß kommt, wo die Kreisordnung geschaffen ist und Provinzial- und Gemeindeordnung bevorstehen, der Minister des Innern uns keinen bestimmten Plan vorgelegt hat, nach welchem er bei diesem großen Reformwerk zu verfahren gedenkt. Ich meine, der erste Schritt wird die Ausdehnung der Kreisordnung auf die westlichen Provinzen sein, aber man wird sich überzeugen, daß schon das ohne Reform der dortigen Städteverfassungen nicht geht. Am zweckmäßigsten wäre es, alle diese Materien der Gesetzgebung gleichzeitig zu erschöpfen; sollte dies in der nächsten Session noch nicht angehen, so erwarten wir wenigstens von der Regierung die Darlegung eines bestimmten Planes, ohne welchen wir fürchten müssen, daß eine stückweise arbeitende Gesetzgebung mehr Verwirrung als Gutes schafft. (Beifall.)

Abg. **Lauenstein** stimmt durchaus mit dem Antrage überein, und hebt namentlich hervor, wie unberechtigt der verschiedene Umfang des Besteuerungsrechts in den einzelnen Städteordnungen, namentlich in den Hannoverschen, sei. Er habe früher schon durch eine Interpellation — Gleiches sei übrigens auch von anderer Seite geschehen — die Aufmerksamkeit des Ministers des Innern auf diese Uebelstände gelenkt und derselbe habe auch ein umfassendes Organisationsgesetz versprochen; leider sei diese Verheißung nicht erfüllt worden, wie denn ja überhaupt das Tempo des Fortschritts in diesem Ressort ein sehr langsames sei. (Sehr wahr!) Mindestens das Besteuerungsrecht der Städte müsse nach einheitlichen Normen geregelt werden.

Abg. v. **Mallinckrodt** will nur, da die Debatte sich ihrem Ende zuneigt, ohne daß ein Gegner des Antrages gesprochen hat, den Irrthum nicht aufkommen lassen, als wären solche Gegner überhaupt nicht vorhanden. Daß, wenn verschiedene Städteordnungen existiren, jeder an jeder dies oder jenes fortwünscht, ist natürlich. Aber wenn der Wunsch nach Ausgleichung erfüllt ist, kratzt man sich hinter das Ohr und findet denselben Mangel wieder, den man beseitigen wollte. Und welches Interesse hat denn der Staat an einer solchen schablonenhaften Organisation und warum hat die Sache gar so große Eile? Man thut gerade so, als habe unsere Zeit allein die Fähigkeit volle Arbeit zu machen und daher das Recht, mit jedem Theil der bestehenden Gesetzgebung aufzuräumen, die meisten Städteordnungen sind kaum zehn oder zwanzig Jahre alt, und nun will man sie schon wieder über den Haufen werfen. Es scheint die Signatur unserer Zeit werden zu sollen, keine Rechtsordnung sich in Ruhe setzen zu lassen. Kaum besteht eine organische Einrichtung zehn Jahre, so kommt ein Weltverbesserer, stößt sie um und ersetzt sie durch eine neue, deren verdientes Schicksal es allerdings ist, nach wiederum zehn Jahren in dieselbe Grube geworfen zu werden, in der ihre Vorgängerin liegt.

Abg. **Miquel** erwidert, daß Herr von Mallinckrodt ihn nur mit allgemeinen Redensarten bekämpft habe, die eine Widerlegung ebenso wenig beanspruchten, als verdienten. Der Antrag wird darauf mit schwacher Mehrheit **angenommen**.

Schließlich beschäftigt sich das Haus mit einer Anzahl von **Petitionen**, von denen die folgende Erwähnung verdient: 188 Bürger der Stadt Warstein in Westfalen bitten um Fortgewährung von bisher besessenen Nutzungsrechten an einem seit 1276 der Stadt gehörigen Wald von 13,000 Morgen. Damals bildeten 60 Bürger die Gemeinde, welche sämmtlich freies und unumschränktes Recht der Waldbenutzung hatten. Als die Zahl der Bürger bis 188 gestiegen war, beschloß die Gemeinde, da sie fürchtete, daß bei einer

Vermehrung der Bürger der Ertrag des Waldes nicht mit deren Bedürfnissen im Einklang bleiben würde, die Zahl der Bürger mit 188 abzuschließen und keine Bürger mehr aufzunehmen. Das Nutzungsrecht der Bürger am Stadtwalde wurde aber fortwährend von den Aufsichtsbehörden beschränkt, bis die Bürger die Ablösung ihrer Nutzungsrechte beantragten. Dazu sprach ihnen das Obertribunal das Recht ab. Schließlich wurden die 188 Bürger durch Verfügung der Regierung allen anderen Bürgern der Stadt gleichgestellt und nun bitten sie, daß ihnen ihre Vorrechte wieder zugewiesen oder sie durch eine angemessene Abfindung entschädigt werden. Die Commission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Dr. Baehr bittet diese Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Für diesen Antrag treten mit kurzen Worten die Abgeordneten Arndts und Reichensperger (Koblenz), in längerer Rede Abg. Miquel ein. Der Letztere weist besonders darauf hin, wie schmerzlich es für die Petenten sei, vom Gericht und der Verwaltung zurückgewiesen und vom Hause nicht berücksichtigt worden zu sein. Das Obertribunal hätte nur entschieden, daß diese Rechte nicht subjectiv-dingliche, also nicht ablösungsfähig seien. Die Regierung hätte aber überhaupt durch Erhebung des Competenz-Conflicts den Rechtsweg nicht verkannt; und ebenso gut wie die Verfügung der Regierung, welche von den Petenten angefochten sei, Geltung habe, eben so könne ein Ministerialdecret sie cassiren, und wenn die Petenten Recht hätten, so könne ihnen die Abfindung zuerkannt werden trotz des Ausspruchs des Obertribunals.

Der Regierungs-Commissar betont, daß die Regierung nicht eine Verfügung treffen könne, welche im Widerspruch mit einem Erkenntniß des Obertribunals stehe.

Das Haus geht nach dem Antrage der Commission über die Petition zur Tagesordnung über.

Schluß der Sitzung 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Erste und zweite Berathung der Verfassungsänderung.)

Berlin, 28. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Lehrer an der Akademie der Künste und Directorial-Assistenten bei den Museen, Professor Weiß zu Berlin, dem Hauptkassen-Rendanten der Franckeschen Stiftungen, Rechnungs-Rath Ludwig zu Halle a. S. und dem Steuer-Einnehmer, Premier-Lieutenant a. D. von Manstein zu Köben, Kreis Steinau, den rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Strafanstalts-Aufseher Zimmermann zu Ratibor das allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Musketier Krieß im 3. Posen'schen Infanterie-Regiment Nr. 58, dem Musketier Mohrmann im 2. Hannoverschen Infanterie-Regiment Nr. 77 und dem Kanonier Paepke im Pommerschen Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 2 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Das 3. Stück des Gesetzblattes für Elsaß-Lothringen enthält unter Nr. 134 das Gesetz, betreffend die Bezirksvertretungen, die Kreisvertretungen und die Wahlen für die Gemeinderäthe, vom 24. Januar 1873.

[Hoftrauer.] Der königliche Hof legt heute für Ihre kaiserliche Majestät die Herzogin Amalie von Braganza, Wittwe Sr. Majestät des Kaisers Dom Pedro I. von Brasilien, die Trauer auf drei Wochen an.

Berlin, 28. Januar. [Se. Majestät der Kaiser und König] hörten gestern Vormittag die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Grafen Perponcher und des Geheimen Cabinets-Raths von Wilmowski, nahmen militärische Meldungen entgegen und empfingen den General-Arzt Dr. Wegner, sowie den Präsidenten des Ober-Kirchenrathes, Professor Dr. Herrmann.

Heute Vormittag nahmen Se. Majestät militärische Meldungen entgegen, hörten die Vorträge der Hofmarschälle Graf Pückler und Graf Perponcher, des Staats-Ministers General-Lieutenants von Stosch, des Chefs des Militär-Cabinets, Obersten von Albedyll, und des Polizei-Präsidenten von Madai und empfingen den Obersten von Böhn, Commandeur Allerhöchst Ihres 1. Garde-Regiments zu Fuß.

Gestern wurde der Geburtstag des Prinzen Friedrich Wilhelm durch ein Kinderfest gefeiert, nach welchem Ihre Majestät die Kaiserin-Königin Ihre Majestät die verwittwete Königin in Charlottenburg besuchte.

[Se. Königliche Hoheit der Prinz Arbrecht] ist am 25. d. M. zum Besuche im Herzoglichen Residenzschlosse zu Altenburg eingetroffen. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 28. Jan. [Die Erklärungen Bismarck's. — Die kirchlichen Vorlagen.] Die Erklärungen, welche Fürst Bismarck im Abgeordnetenhause über die jüngsten Vorgänge innerhalb des preußischen Staatsministeriums und über seine Stellung zu der stattgehabten Veränderung im Präsidium des Ministeriums gegeben, bilden selbstverständlich in diesen Tagen den Hauptstoff für die Besprechungen in der Presse. Gegenüber der bündigen und unverhüllten Darlegung der Verhältnisse ist es unmöglich, länger noch von einem Conflicte zwischen den Ministern und von einer Niederlage Bismarcks zu reden, und in der That räumt auch die gesammte maßgebende Presse ein, daß die bekannten Gerüchte, welche während der sogenannten Regierungskrisis über die Ursache und die Ziele derselben verbreitet wurden, jedes Anhalts entbehrt haben. Nur in der radicalen und ultramontanen Presse wird die alte Geschichte, die bald ganz vergessen sein wird, ungescheut weiter gesponnen. Den Scribenten dieser Richtung hat namentlich der bekannte Artikel der „Militärischen Blätter", welcher den Grafen Roon als das Haupt einer großen particularistisch-preußischen deutschfeindlichen Militärpartei hinzustellen versucht, nicht unbedeutenden Vorschub geleistet, obwohl derselbe jeden Boden verloren hat, seitdem der Reichskanzler am Sonnabend seine völlige Uebereinstimmung mit der Politik des gegenwärtigen Ministerpräsidenten betont und diesen als seinen ältesten und intimsten Freund bezeichnet hat, der sein ganzes Vertrauen besitze. — Einen besonders tiefen Eindruck hat, wie man hört, die Rede des Fürsten in denjenigen conservativen Kreisen des Herrenhauses gemacht, welche bisher den kirchenpolitischen Vorlagen des Cultusministers mit einem gewissen Unbehagen, ja mit erklärter Abneigung gegenüberstanden. Ohne Zweifel wird die Erklärung, welche Fürst Bismarck in Bezug hierauf abgab, auf das Gelingen der Vorlagen von großem Einfluß sein. — Aus verschiedenen katholischen Landestheilen wird berichtet, daß diese Vorlagen zwar in den streng ultramontanen Schichten eine große Bestürzung hervorgerufen und auf heftigen Widerstand zu rechnen haben, daß es aber an aufgeklärten Elementen in der Bevölkerung nicht fehlt, welche erkennen, daß, wenn die Vorlagen erst Gesetzeskraft erhalten haben, die Gewissensfreiheit der Laien wie des niederen Clerus gegen den von Rom aus geübten Terrorismus Schutz erhalten wird. Interessant ist namentlich, was man aus guter Quelle über die Haltung der Geistlichkeit erfährt. Ein großer Theil des Clerus wird allerdings von dem jüngeren jesuitisch vorgebildeten Elemente der Capläne in strenger Zucht gehalten und es ist daher natürlich, daß man von der Zustimmung, welche die Regierungsvorlagen unter dem niederen Clerus finden, nicht früher erfährt, als bis der Staat erst sein Recht auf Aufsicht wieder in die Hand genommen haben wird. Die Stimmung aber im Clerus ist nach allen Berichten derart, daß die Gesetze auch von dieser Seite überall als ein Schutz gegen die Vergewaltigung Seitens der Bischöfe angesehen und begrüßt werden.

Königsberg i. Pr., 28. Jan. [Eine Anzahl Geistlicher] aus der Stadt und Provinz ist für heute und morgen hier zu einer Conferenz zusammengetreten, in welcher kirchliche Fragen überhaupt, vorzugsweise aber die Angelegenheit des Predigers Dr. Sydow berathen werden sollen.

Aus Kurhessen, 25. Jan. [Zwang zum Kirchenbesuch.] In der Kirche zu Treysa wurde am letzten Sonntage, nachdem der Pfarrer zu wiederholten Malen gegen den durch den modernen Fortschritt veranlaßten religiösen Indifferentismus geeifert hatte, von der Kanzel herab ein geistlicher Erlaß verlesen, nach welchem fortan allen Denjenigen, die ein ganzes Jahr hindurch die Kirche nicht besuchen, beim Begräbnisse das Geläute, Denen dagegen, welche einer Vorladung des Presbyteriums oder des Pfarramts nicht Folge leisten, das Abendmahl verweigert wird. Den die Kirche nicht Besuchenden das kirchliche Begräbniß überhaupt zu verweigern, steht dem Pfarrer jedenfalls nicht an, weil dann die Gebühren ganz in Wegfall kommen, während beim Wegfall des Geläutes nach dem Stolgebühren-Reglement nur der Küster geschädigt wird. (Fr. J.)

Oesterreich.

Wien, 28. Jan. [Ueber die zu erwartende Anwesenheit von fürstlichen Persönlichkeiten] auf der Wiener Weltausstellung will die französische „General-Correspondenz" von verläßlicher Seite erfahren haben, daß der Besuch des Kaisers Wilhelm für die erste Hälfte des Juni angekündigt ist. Der deutsche Kaiser würde sich darnach gegen Ende Mai nach Petersburg und von dort direct nach Wien begeben, wo sein Eintreffen gleichzeitig mit der Anwesenheit des Kaisers von Rußland vielleicht in Gesellschaft des Letzteren zu erwarten stände. Derselben Quelle zufolge wird auch der Prinz von Wales in seiner Eigenschaft als Präsident der englischen Ausstellungs-Commission der feierlichen Eröffnung der Ausstellung beiwohnen, und der Schah von Persien, der seine Reise nach Europa schon im Mai antreten wird, ebenfalls zum Besuch eintreffen. — Nach einer Meldung aus Cetinje trifft auch der Fürst von Montenegro Vorbereitungen für den Besuch der Ausstellung.

Schweiz.

Zürich, im Januar. [Ueber die hier studirenden Russinnen] schreibt man der „K. Z." von hier Folgendes; In nennenswerthen Blättern des Reichs und Oesterreichs sind in den letzten Monaten die Zustände innerhalb des Kreises der hier studirenden Frauen und Mädchen in so oberflächlicher Weise besprochen worden, daß man befürchten muß, es werden sich falsche Meinungen in weitesten Kreisen verbreiten. Die Sache selbst geht zwar ihren schweren Gang, der aber aus der Nähe und sorgfältig angesehen, einen keineswegs hoffnungslosen Eindruck macht. Ueber das Privatleben der Studirenden steht uns kein Urtheil zu, aber wir wissen, daß nur wenige von den mehr als hundert zu ernsten Klagen Anlaß gegeben haben. Vom Herumsitzen in den Kneipen ist so wenig die Rede, daß die Mehrzahl der Russinnen letzte Woche mit großen Opfern eine eigene Küche begründet hat, um nicht in den Restaurationen speisen zu müssen. Auch ist die Lage der meisten keine so erfreuliche, daß sie Neigung zur übermäßiger Fröhlichkeit erzeugen könnte. Die Mehrzahl ist vor Allem nicht wohlhabend: Unterstützungen werden reichlich vertheilt, und zwei Vereine haben je ein Stipendien gestiftet, welches armen Russinnen die Mittel zur Beendigung ihrer Studien bietet. Man sagt uns, daß fast die Hälfte der Studentinnen in irgend einer praktischen Hantierung geschickt sei; so arbeiten z. B. drei derselben in ihren Mußestunden als Buchbinder in der hiesigen russischen Lesegesellschaft, und einige jüngere sind im Begriff, dieses selbe Handwerk zu erlernen; Setzerinnen, Stenographinnen u. dergl. finden sich mehrere unter den Inscribirten. Daß letzte Woche eine junge Medicinerin (Schweizerin) ihr Staatsexamen mit besserem Erfolge als ihre männlichen Miteraminanden abgelegt hat, zeugt wenigstens dafür, daß der Eifer, den der größte Theil der Studentinnen zu seinen Arbeiten mitbringt, seine Früchte trägt. Bei der Unreife der gesammten Emancipationsbewegung kann es aber natürlich an Auswüchsen nicht fehlen, und gerade der Umstand, daß die weitaus überwiegende Masse der Studentinnen aus Rußland kommt, scheint uns einer dieser Auswüchse zu sein; die gedrückte Gährung in der Jugend dieses Landes, die zu politischer Apathie verurtheilt ist und darum sich den phantastischsten und extremsten Meinungen am leichtesten anschließt, greift auch in die weiblichen Kreise über, und man zählt daher auch unter den Studentinnen einige sehr entschiedene „Nihilistinnen" mit wilder Ehe und anderen Einrichtungen, während die meisten sich von diesem Treiben, das zum Glück in seinem eigenen engeren Kreise bleibt, fernhalten. Nach der Anzahl von geschiedenen Frauen zu urtheilen, die unter den Studentinnen sich befinden — wir nennen keine Zahl, da die Statistik hierin schwer zu handhaben sein mag —, wirkte auch die unglaubliche Zerklüftung des Familienlebens in den dortigen besseren Ständen auf den Trieb nach selbständiger Lebensstellung; die meisten mag aber die Schwierigkeit anständiger Versorgung in dem weiten, verkehrsarmen Reich und die diesem Volk angeborene Fähigkeit leichter Entschließung zu der Unternehmung bewogen haben, die jedenfalls so viel Ueberwindung und Ausdauer verlangt, daß die wenigen Ernsten und Fähigen von selbst in einiger Zeit abfallen werden. Es konnte aber nicht anders erwartet werden, als daß in dieser wie in jeder neuen Bewegung eine Anzahl fremder Bestrebungen Befriedigung suchen werde; das ist zu natürlich, als daß es Erstaunen erregen sollte, und wenn bei dieser Gelegenheit einige sociale Uebel auch hier aus ihrer Tiefe mehr an die Oberfläche gelangt sind, so wird man in ihnen gerechter Weise keine nothwendigen Producte des Frauenstudiums, sondern eine Trübung durch fremde Beimischungen sehen, wie sie jeder neu aufsteigenden Quelle von Natur eigen sind, ehe sich dieselbe durch die Zeit geläutert hat.

Italien.

Rom, 22. Januar. [Der in Mailand am 19. stattgehabten großen Volksversammlung] präsidirte der Deputirte Cairoli, einer der Vicepräsidenten der Abgeordnetenkammer. Er nahm als Offizier unter Garibaldi Theil an der Expedition gegen Rom, kämpfte mit bei Mantua und verlor bei der Action zwei Brüder; daher rührt die große Popularität, die dieser Mann in Italien genießt. In seiner Eröffnungsrede hob Cairoli hervor, daß die Besetzung Roms durch die italienische Armee nicht nur den Zweck gehabt habe, Italien mit einer Stadt und einer Provinz zu bereichern, sondern der Wunsch der Nation sei der gewesen, Institute, die nicht mehr zeitgemäß seien, — das Papstthum und die Klöster — dort zu vernichten. Man wolle jetzt in Rom einen Heerd für ultramontane Bestrebungen Fremder machen, die dort ihren religiösen Praktiken nachgehen wollen, was nicht sein dürfte. Indem die Regierung die religiösen Körperschaften conserviren wolle, werde sie nicht von den Rücksichten auf Italiens Macht, sondern von dem Wunsche beseelt, die Versöhnung mit der Kirche zu erstreben. Wenn auch eine fremde Macht gegen Italien, weil es gegen das Papstthum entschlossener vorgehen wolle, einen Kreuzzug unternehmen würde, so dürften sich dennoch die Italiener nicht davon abhalten lassen, sie würden im Nothfalle ihre Ehre zu vertheidigen wissen. Die Rede Cairolis wurde lange und anhaltend applaudirt. Der Advocat Cavaleri führte aus, daß das Christenthum auf seine Urzeiten zurückzuführen sei. Der Papst und die Kirche dürfen nicht mehr Rechte als jeder andere Bürger haben, sie sollten nur Gäste der moralischen Wissenschaften sein, denn die Religion sei keine souveräne Macht. Er schlug vor, darauf zu dringen, daß man aus dem Erlöse der verkauften Kirchengüter einen Schulfond gründe, um gute Volksschulen zu errichten, auch sollten davon die Kosten für die Verbesserung des Agro romano bestritten werden. Ein anderer Redner, Pederzolli, will verlangen lassen, daß die Regierung die für Italien geltenden Gesetze, welche die Unterdrückung der Klöster angeordnet haben, auch auf Rom und die römische Provinz anwende.

Der Professor Dobelli will gleichfalls, daß man die Unterdrückung der Klöster fordere, man müsse aber vorerst eine radicale Reform des Regierungssystems erreicht haben, denn die jetzige habe das bekannte Klostergesetz präsentirt, und wolle sogar neue religiöse Etablissements, die bisher noch gar nicht existirt hätten, erstehen lassen. Der Vorsteher des Arbeitervereins in Mantua, Colorni, will, daß man dahin gelange, daß der Priester ganz vom Schulunterricht ausgeschlossen werde. Der Deputirte, Advocat Mussi, der eigentliche Organisator des Meetings, sprach in einer sehr gediegenen Rede über die Verhältnisse der Kirche zum Staate und hob hervor, daß die Nation entschlossen sei, dem Papstthum nicht zu weichen! Der Minister und die Consorten tadeln den Zweck des Meetings. Sie sagen: Italien sei größtentheils katholisch! Werde man denn nicht die Freiheit haben können zu sagen: Ich bin zwar katholisch, aber vor allem Italiener?! Man solle übrigens nichts fürchten, nichts ungestüm verlangen, aber fest den Entschluß des Volkes laut hören lassen und dann werde der Papst den allgemeinen Gesetzen sich fügen müssen! Ein anderer Redner, Luchetti, will, daß die Vernunft die alleinige Religion werde und will ebenfalls die gänzliche Aufhebung der Klöster! — Cairoli dankt hierauf den Anwesenden für die zahlreiche Theilnahme, resumirt und liest folgende Tagesordnung vor:

„Das Comitium, der Dollmetscher der Erwartungen und Wünsche des italienischen Volks, verdammt die Transactionspolitik mit dem päpstlichen Hofe, welche dahin geht aus der Kirche und dem Pontificat einen Staat im Staate herzustellen, theils durch das Garantiegesetz, theils durch das letzte ministerielle Klostergesetz. — Das Comitium verdammt jede Einschränkung der Gesetze vom 7. Juli 1866 und 15. August 1867, welche man auf Rom und die römische Provinz nicht ausdehnen will, acceptirt dagegen, daß aus dem Rentenfond der convertirten Kirchengüter ein Fond für den öffentlichen Unterricht gegründet werde, und daß diese Renten auch zur Verbesserung des ayro romano verwendet werden. Das Comitium proclamirt die vollständige Gewissensfreiheit und fordert daher gleiche Rechte für alle Manifestationen des Gewissens, verdammt aber den obligatorischen Unterricht in den clericalen Schulen als den Principien der Freiheit zuwider und nachtheilig. Das Comitium giebt seine Wünsche kund, daß mit der reclamirten Reform des Unterrichts für eine neue moralische und bürgerliche Erziehung des Volks gesorgt werde und fordert alle Städte der Halbinsel auf, sich dieser Kundgebung anzuschließen, die Repräsentanten der Station einladend, die Fahne der Freiheit und des nationalen Rechts hoch zu halten!"

Cairoli erinnerte sodann an Garibaldi und Cataneo (stürmischer Applaus!), Namen, welche im Herzen und im Kopfe des Volkes eingeschrieben seien, er erinnert an die Märtyrer von Mentana und an das Eintreten Roms in die italienische Familie! — Man ruft: es lebe Cairoli! Und alle Anwesenden wiederholten mit stürmischem Applaus: es lebe Benedetto Cairoli! Auf dessen Vorschlag ist dem General Garibaldi folgendes Telegramm nach Caprera gesandt worden:

„Dem General Garibaldi, Caprera. Das Comitium unter Cairoli's Präsidium, hat sich mit der religiösen Frage beschäftigt und sendet Ihnen, dem ersten Bürger Italiens dieses Telegramm zu als eine Widmung dafür, daß Sie die moralische und materielle Emancipation Italiens wie ein Apostel gelehrt und erkämpft haben. Mussi."

Pederzolli schlägt vor, den Organisatoren der Volksversammlung und dem Benedetto Cairoli ein Dankvotum zu geben, ein Vorschlag, der wieder mit dem lebhaftesten Applause aufgenommen wurde.

Der General Fabrizi, in der Kammer links sitzend, hat dem Comitium über das, was es heute beabsichtigt habe, seine völlige Zustimmung schriftlich zugehen lassen, ebenso der Dichter Guerazzi, welcher krank ist und in Livorno lebt. Das Theater, in welchem das Meeting abgehalten worden, war so voll, daß die zuletzt Ankommenden nicht mehr eintreten konnten und auf den Corridoren und auf der Straße bleiben mußten. Die größte Ordnung ist dabei beobachtet worden und es sind keinerlei Ruhestörungen vorgekommen. Polizeidiener sah man gar nicht, sondern nur einige Gendarmen; erstere, weil Lanza's Agenten nicht beliebt sind, dagegen flößen die Gendarmen, welche vom Kriegsminister ressortiren, überall Respect ein. Das Corps, dem sie angehören, ist gut organisirt.

[Napoleon III. und Italien.] Unter dieser Ueberschrift bringt die „Voce della Verita" einen langen Artikel, dem wir nachstehende Stellen entnehmen:

Napoleon III. gab sich für den Vertheidiger der Kirche, des Papstes und der Civilisation aus, war aber in Wirklichkeit ein hartnäckiger Feind der Civilisation, des Papstthums und der Kirche. Er war nichts als ein ehrgeiziger Sectirer; als solcher verschwor er sich zur Vernichtung der christlichen Civilisation und wollte die sogenannte moderne Civilisation an ihre Stelle setzen, die auf den „unsterblichen Principien der Revolution von 1789" begründet ist. Sein Ehrgeiz trieb ihn zu den Attentaten von Remini, Straßburg, Boulogne und zum Staatsstreiche vom 2. December, und nachdem er sich auf den Thron von Frankreich geschwungen hatte, trachtete er der ganzen Welt seinen Willen aufzuerlegen. Dabei quälten ihn aber zwei Sorgen. Da seine Herrschaft aus einem Gewaltstreiche hervorgegangen war und nur durch die ihn gutheißenden Plebiscite bestätigt wurde, so fürchtete er immer, daß sie nicht dauerhaft sein würde, weil die andern europäischen Monarchien, welche auf ganz andern Grundlagen ruhten, ihn zwar als französischen Kaiser anerkannt hatten, weil sie nicht anders konnten, ihn aber im Falle der Noth nicht unterstützen würden. Und so kam es auch. Als er in der Schlacht bei Sedan besiegt und gefangen genommen worden war, ließen sie es geschehen, daß er des französischen Throns für verlustig erklärt wurde. Seine zweite Sorge war: Als Sectirer mußte er den Grundsätzen seiner Secte Rechnung tragen; dadurch kam er mit den katholischen Gefühlen und Anschauungen Frankreichs in Widerstreit.

Vor allen Dingen war er darauf bedacht, die anderen legitimen Monarchien zu schwächen und neue auf Plebiscitsprincipien zu errichten, und es gelang ihm auch in Italien und Spanien. Ja in Italien legte er den Grundstein zu einem Gebäude, das ihm, wenn er es geschickt ausgeführt hätte, den Dank aller Italiener verdient hätte: die italienische Unabhängigkeit, unser Aller längst und heiß ersehntes Ziel, der Grundgedanke der von den Päpsten geleiteten Welfenpolitik. Hätte Napoleon III. nach den Schlachten von Magenta und Solferino durch eine geschickte Politik Italien zu Venedig verholfen, so stände sein Name glorreich in der Weltgeschichte verzeichnet, und er hätte in der That verdient, daß ihm alle Italiener ein Denkmal errichteten. Aber er war Sectirer und wollte das Papstthum stürzen. Es schien ihm freilich zu gefährlich, es direct anzugreifen, daher fiel er ihm mit den Freimaurern in die Flanke. Er ließ die Piemontesen den Vertrag von Villafranca und den Frieden von Zürich zerreißen und bereitete die Besetzung Roms durch die Italiener vor, obwohl er aus Furcht vor der öffentlichen Meinung des katholischen Frankreichs den Papst scheinbar unterstützte. Als sich Nigra nach der Schlacht bei Mentana beklagte, sagte ihm Napoleon: „Ich habe den Dummköpfen drei Tage Zeit gelassen, mehr konnte ich nicht thun."

Er hatte noch einmal Gelegenheit gefunden, sich als Retter des Papstthums zu zeigen, weil er ihm den Todesstoß noch nicht geben konnte. Die liberale Partei hat alle Ursache, sich ihm dankbar zu erzeigen, und die Consorten, welche das liberale Italien repräsentiren, wetteifern unter einander, um ihm ein Denkmal zu errichten. Aber die katholische Partei, und das ist die ungeheure Mehrzahl der Italiener, kann ihn nur als die Geißel Gottes betrachten. Für das wenige Gute, was sie aus seiner Hand erhielten, mußten sie unsäglich viel Schlimmes mit in den Kauf nehmen. So bekamen sie mit der Unabhängigkeit die Irreligiösität, die Freidenkerei, die Unzucht, eine erdrückende Schuldenlast, unerschwingliche Abgaben u. s. w. Ueberdies wurde die Kirche verfolgt und ihr Oberhaupt von seinem rechtmäßigen Throne gestürzt. Was aber das Schlimmste für Italien ist: die Italiener haben durch die gewaltsame Besetzung Roms allen Völkern ein schlimmes Beispiel gegeben, denn da die Sache des Papstes die gemeinsame Sache aller Katholiken ist, so können diese mit noch mehr Recht als die Piemontesen in Rom einrücken, und so hat Napoleon, indem er Italien zu seiner Unabhängigkeit verhalf, den Piemontesen aber freie Hand zum Mißbrauch derselben ließ, diese Unabhängigkeit wieder in Frage gestellt und also sein eigenes Werk vernichtet.

[Die Kaiserin Eugenie] soll ihren Aufenthalt künftig in Italien zu nehmen wünschen. Die Minister hätten aus Rücksicht auf Herrn Thiers dem Könige ihre Bedenken darüber nicht verhehlt.

[Diplomatisches.] Graf Corcelles hat dem Papste seine Beglaubigungsschreiben als französischer Botschafter beim Vatican übergeben. Am nämlichen Tage machte er Herrn Fournier, der Frankreich auf dem Quirinal vertritt, seinen Besuch. — Der österreichische Botschafter bei der Curie, Baron Kübeck, ist schon seit längerer Zeit schwer erkrankt und hierdurch seinem Posten entzogen. Nun ist auch der ihn vertretende Legationsrath v. Palomba erkrankt; die österreichische Regierung hat sich daher veranlaßt gesehen, einen Geschäftsträger mit der Vertretung im Vatican interimistisch zu betrauen und als solchen den Freiherrn Raphael v. Hübner, den Sohn des einstigen österreichischen Botschafters gleichen Namens, auszuersehen.

[Ein neues Wunder.] Die clericalen Blätter erzählen von einem Wunder, welches der Beato Labre hier an einem Mädchen gewirkt hätte. Das Kind gehört einer markirt-clericalen Familie an und wurde durch Auflegung einer Reliquie des in der Kirche von S. Maria di Monti begrabenen Labre von einer schweren Krankheit — augenblicklich geheilt. Der Wunderglaube ist, wie Sie sehen, hier noch lange nicht erloschen.

Rom, 23. Januar. [Die wiederhergestellte französische Doppelgesandtschaft] hatte sich, schreibt man der „K. Z." anfein-

den müssen, wäre es gegangen, wie eine gewisse Partei es wünschte. Doch die Traditionen Bourgoing's endigten mit seiner Abreise, Corcelles hat ein weiteres Gewissen und weitere Instructionen. Die Clericalen können es ihm nicht verzeihen, daß er in seiner Eigenschaft als Botschafter nicht abwartete, daß der außerordentliche Gesandte und bevollmächtige Minister Fournier zuerst seine Aufwartung machte, sondern es vorzog, den Collegen aufzusuchen. Fournier gab ein diplomatisches Diner, bei dem Corcelles nicht fehlte, zu dem auch Ed. About geladen war. Fournier wird künftig die Obhut über die milden französischen Nationalstiftungen führen, Corcelles über die in den Klosterverband mit eingeschlossenen. —

[Prinz Arthur von England] ist seit drei Tagen unser Gast. Sein erster Besuch war bei dem Kronprinzenpaare auf dem Quirinal, heute Mittag empfing ihn auch der Papst. Die Unterhaltung zog sich länger hin, wie es sonst bei fürstlichen Audienzen der Fall zu sein pflegt.

Frankreich.

Paris, 26. Januar. Der „Avenir national", und nach ihm „Temps" und andere Blätter, melden: „Der Bericht der Genieverwaltung über die neuen Befestigungen um Paris ist den Herren Ministern des Krieges und der öffentlichen Arbeiten übergeben worden. Um die Hauptstadt wird ein System detachirter Forts angelegt werden. Diese Forts werden höchstens 25 Kilometer von einander entfernt liegen und durch Eisenbahnen unter einander wie mit Paris verbunden werden. Diese Eisenbahn wird in der Nähe der Forts unterirdisch werden. Schließlich werden zwischen den jetzt bestehenden Fortificationen mehrere befestigte Lager errichtet."

[Herr Baze.] Der „National" veröffentlicht heute eine längere Erklärung über die Dinge, welche ihm von der Quästur der National-Versammlung zur Last gelegt worden sind, und drückt die Hoffnung aus, daß dieselbe den Vorstand befriedigen werde. Die Quästoren hatten nämlich eine solche von Rousset, seinem Chef-Redacteur, den sie gestern vor sich beschieden hatten, verlangt und ihm gedroht, daß, wenn der Vorstand nicht mit derselben zufrieden sei, dem Blatte seine Eintrittskarten wegnehmen zu lassen.

[Preß-Verbot.] Dem „Grelot", einem Pariser Witzblatt, ist der Straßen-Verkauf entzogen worden. Die betreffende Verordnung des Gouverneurs von Paris lautet:

Paris, 25. Januar 1873.

Der General-Gouverneur von Paris, auf das Gutachten des Herrn Ministers des Innern und nach Einsicht des Journals „Grelot," Nummer vom 16. d. M., welche ein Lied mit dem Titel enthält: „Le bruit que fait une vessie en crevant", welches Lied in gehässigen Ausdrücken abgefaßt ist, die die Moral und die den Todten geschuldete Achtung verletzen, kraft der Gewalten, welche das Gesetz vom 9. August 1849 über den Belagerungszustand verleiht; — beschließt: Art. 1. Der Verkauf des Journals „Grelot" auf den Straßen wird während eines Monats, vom 26. Januar an, verboten. Art. 2. Der Polizei-Präfect ist mit der Ausführung betraut. — Der General-Gouverneur von Paris: de Ladmirault.

[Clement Duvernois] ist vor den Untersuchungsrichter geladen worden. Wie es heißt, will sich derselbe stellen.

[Der Divisions-General Allouveau de Montréal,] früher Senator, ist gestorben. Er war eine Zeitlang Obercommandant der französischen Occupations-Armee in Rom.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Stettin, 25. Januar. [Proceß Ramin.] In der gestrigen Schwurgerichtssitzung wurde das Verhör der Belastungszeugen zu Ende geführt. Die Aussagen der Schnitter und Schnitterinnen, welche von dem ganzen Vorgange mehr oder minder wahrgenommen, wichen im Wesentlichen nicht erheblich von einander ab. Namentlich wurde übereinstimmend bestritten, daß der Angeklagte vor dem ersten und zweiten Schusse von den Schnittern geschlagen sei, während nur von einer Seite es dahin gestellt blieb, ob vor dem zweiten Schusse Thätlichkeiten gegen v. Ramin erfolgt seien. Die sämmtlichen Aussagen der Schnitter kommen also dahin überein, daß der Angeklagte bei Abgebung des ersten Schusses sich nicht im Falle der Nothwehr befunden habe. Eine wesentlich ins Gewicht fallende Ausnahme macht hiernach also nur die Aussage des Vorschnitters Lück, dessen Auseinandersetzung sich übrigens durch Klarheit und Bestimmtheit auszeichnete, dahin gehend, daß der Angeklagte sich bereits vor dem zweiten Schusse im Stande der Nothwehr befunden habe.

Die heute fortgesetzte Verhandlung begann mit dem Verhör des Inspectors Neuendorf, der den Angeklagten aus der Scheune herausführte, nachdem er von den Schnittern geschlagen und der zweite Schuß gefallen war. Ob v. Ramin bereits vor dem ersten Schuß einen Schlag erhalten hatte, geht aus seinen Aussagen ebenso wenig hervor, als aus denen seiner Ehefrau, des Hauslehrers Kellmann und anderer Zeugen des Vorfalles. Nur der Bediente Kirchner steht insofern mit seiner Aussage vereinzelt da, als er mit der größten Bestimmtheit bekundet, daß bereits vor dem ersten Schuß aus dem Knäuel der Schnitter, der den Angeklagten umgab, ein Schlag gegen dessen Gesicht geführt wurde; von wem derselbe ausging und welches Instrument dabei gebraucht wurde, weiß er nicht. Die Aussagen des Kutschers Harsdorf und des Statthalters Bahr machen insofern von denen der übrigen Zeugen eine Ausnahme, als hiernach auch dann noch, als der stark blutende Angeklagte sich bereits außerhalb der Scheune befand, ein Schlag gegen denselben geführt wurde. Verschiedene Zeugen bekunden, daß schon vor dem Vorfall vom 12. August von einzelnen Schnittern verschiedene Drohungen ausgestoßen wurden, deren Inhalt etwa war, „es geschähe noch ein Unglück, bevor sie Schmagerow verließen u. s. w." Vor dem Schluß der Beweisaufnahme erfolgt auf den Antrag der Staatsanwaltschaft noch eine Confrontirung des Vorschnitters Lück, der Schnitter Hildebrand, Gottlieb Troschke, Schwirsky und anderer Zeugen aus dieser Klasse mit dem Bedienten Kirchner, welcher bestätigt, daß der Letztere mit seiner abweichenden Aussage, der Angeklagte habe vor dem ersten Schusse bereits einen Schlag erhalten, gänzlich vereinzelt steht. Auch die Beschuldigungen, betreffend die ausgesprochenen Drohungen, werden von den Zeugen, die durchweg bei ihrer Aussage stehen bleiben, zurückgewiesen.

Es folgen die Reden des Staatsanwalts und des Vertheidigers. Ersterer schließt seine Ausführungen mit dem an die Geschwornen gerichteten Antrage, das Schuldig in Gemäßheit der Anklage auszusprechen und in allen Fällen das Vorhandensein der Nothwehr zu verneinen, giebt jedoch zu, daß in Berücksichtigung dessen, daß der Angeklagte bei seinen Handlungen seine Autorität als Gutsherr seinen Arbeitern gegenüber wahren zu müssen glaubte, die Annahme mildernder Umstände gerechtfertigt sei. Der Angeklagte erklärt dann: „Etwas habe ich während der ganzen Verhandlung, soweit ich derselben zu folgen im Stande war, vermißt: die Erörterung der Frage, ob ein Besitzer auf dem Lande nicht im Stande ist, solche wirklich furchtbaren Auftritte, die er doch ahnt, zu verhindern. Ich fühle mein Gewissen dadurch entlastet, daß ich vorher alle gesetzlichen Mittel ergriff, um mich zu schützen. Ich ging zum Landrath, um mir Gensdarmen zu erbitten; sie wurden mir abgeschlagen. Ich verhandelte mit dem Vorschnitter und wollte ihn zum Fortgehen mit seinen Leuten bewegen, aber es half nichts; die Geldopfer, die mir zugemuthet wurden, waren zu groß. Ist denn der Staat wirklich nicht im Stande, einen Besitzer auf dem Lande in seinem Rechte zu schützen?" — Es werden den Geschwornen im Ganzen 16 Fragen gestellt, die nachstehenden Inhalts sind: „Ist der Angeklagte schuldig, am 12. August 1872 zu Schmagerow 1) den Schnitter Troschke vorsätzlich getödtet zu haben; 2) den Entschluß a. den Schnitter Hildebrand, b. den Schnitter Schwirsky vorsätzlich zu tödten durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung dieser nicht zur Vollendung gekommenen Thaten enthielten, bethätigt zu haben." Die zu den vorstehenden Hauptfragen gestellten Unterfragen lauten: „a. Hat der Angeklagte bei Begehung der That sich in derjenigen Vertheidigung befunden, welche erforderlich war, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder von einem Andern abzuwenden? b. ist er in dieser Vertheidigung in Bestürzung, Furcht oder Schrecken über die Grenzen der Vertheidigung hinausgegangen? und c. sind mildernde Umstände vorhanden?" — Hierzu kommt endlich folgende Frage: „Hat der Angeklagte dem Schnitter Troschke eine vorsätzliche Körperverletzung zugefügt, welche den Tod des Verletzten zur Folge gehabt hat?" An dieselbe schließen sich die zu den oben erwähnten drei Hauptfragen gestellten Unterfragen. Nach etwa einstündiger Berathung verkündigen die Geschworenen ihr Verdict, durch welches in Bezug auf alle Hauptfragen das Nichtschuldig ausgesprochen wird. Die Unterfragen sind damit erledigt und der Gerichtshof erkennt demgemäß auf Freisprechung des Angeklagten.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

□ **Lissa**, 25. Jan. [Zur Tages-Chronik.] Der der Wohlthätigkeit gewidmete Frauen-Verein in Bojanowo hat im vergangenen Jahre eine runde Einnahme von 416 Thlr. und eine eben solche Ausgabe von 332 Thlr. gehabt; die Verwaltung der Letzteren betraf namentlich Verabreichung von Suppen, Holz, Brot, Weihnachtsgeschenken und baaren Unterstützungen an Bedürftige. Die fürstlich Hatzfeld'sche Familie in Trachenberg, als Gutsherrschaft, hat dem Vereine namentlich bedeutende Zuwendungen gemacht. — Im hiesigen Vereine junger Kaufleute hielt in vergangener Woche Herr Dr. Swarzenski einen Vortrag: „Ueber den Schlaf" eine physiologische und psychologische Betrachtung, unter Hervorhebung sehr interessanter Momente, während in Rawitz im Handwerker-Vereine Herr Apotheker Schumann die Gasbereitung und Herr Kreisbaumeister Hoffmann die Pisé-Bauten besprach. Letzterer theilte außerdem mit, daß auf einem Nachbargute von Breslauer Korbmachern für den Morgen Weidenpflanzung 30 Thlr. jährlich Pacht gezahlt würden, und diese auch noch außerdem alle zur Cultur erforderlichen Arbeiten selbst ausführten. — Bezüglich der letzten Reichstagswahl und eines anhangend den bereits besprochenen Compromiß zwischen den deutschen Katholiken und den Polen, welcher gescheitert ist, weil Letztere es nicht über sich gewinnen konnten, einem Deutschen ihre Stimme zu geben, war Herr v. Aulock auf Bargen (Katholik) der betreffende Candidat; es waren ihm 93 Stimmen zugefallen, während das Gros der deutschen Katholiken an dem deutschen Candidaten v. Puttkammer festgehalten hatte. — Am 10. Februar c. beginnt unter dem Vorsitze des Herrn Appellations-Gerichts-Raths Lohmann aus Posen die erste diesjährige Schwurgerichts-Session.

Provinzial-Zeitung.

◊ **Breslau**, 28. Jan. [Montags-Gesellschaft.] Kein Weihnachtsfest, wohl aber ein Fest der jungen Arbeiter wurde, wie bereits im vorigen Jahre, so auch in diesem abgehalten von der „Montags-Gesellschaft" oder besser gesagt von der freien Gemeinde Breslau's und zwar Montag, den 27. Januar, im großen Saale bei Friebeberg. Eröffnet wurde das Fest von dem Vorsitzenden der Gemeinde Herrn Bräuer. Nach einem Gesange erklärte der Prediger der Gemeinde Herr Professor Binder den Zweck des Festes ꝛc. Es unterscheidet sich nun dieses Fest der jungen Arbeiter von dem Weihnachtsfeste namentlich dadurch, daß nicht jene von der Gemeinde beschenkt werden, sondern diese von den Kindern Geschenke erhalten. Jedes zurechnungsfähige Kind nämlich verfertigt irgend eine Arbeit, bestehend in sehr großen Kleinigkeiten, welche von dem Frauenverein bisher an sich genommen und verlost worden sind, der Erlös selbst aber wurde eben zu diesem Feste verwendet, und ist also der materielle Genuß resp. die Freude, welche den Kindern zu Theil wird, zum Theil eine selbst verdiente. Nachdem heute ältere die Kinder, als sie ihr Religionslehrer Herr Professor Binder fragte, ob sie irgend etwas verfertigt hätten, sogleich an einen Tisch und legten ihre Geschenke nieder. Nachdem letzterer ihnen noch ein kleines „Examen" abgenommen, ist der erste Theil des Festes zu Ende und der heitere nimmt bald seinen Anfang, den zu schildern uns erlassen werde.

◊ **Breslau**, 28. Jan. [Handwerkerverein.] Die gestern stattgefundene Versammlung war eine der zahlreichsten, die seit längerer Zeit abgehalten wurden. An Stelle des Vortrages des Herrn Dr. Carstädt über die Luftpumpe las Herr Dieterle einen Aufsatz aus Ublich's „Naturbetrachtungen", der die Sternenwelt zum Gegenstand hatte, vor. An diese Vorlesung knüpfte Herr Zeichnenlehrer K. Kornatzki interessante Mittheilungen über Messung der Entfernung der Sterne und ging dann von den kaum meßbar weiten Verhältnissen der Sternenwelt zu den unendlich kleineren Gegenständen des Mikrokosmus über, die auch die Kräfte der stärksten Mikroskope übersteigen. Es folgten dann noch einige Mittheilungen.

** [Canonikus Dr. Künzer.] Die in Glatz erscheinende „N. Geb.-Ztg." veröffentlicht folgendes Schreiben:

„**Berlin**, den 22. Januar 1873. Se. Maj. der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, Euer Hochehrwürden das eiserne Kreuz 2. Klasse am weißen Bande zu verleihen. Ich freue mich, Ihnen diese, wie ich hoffe, erwünschte Auszeichnung, welche Sie sich durch Ihre aufopfernde Thätigkeit in den Lazarethen des 8. Armee-Corps wohl verdient haben, übersenden zu können. Der General-Feldmarschall und Kriegs-Minister Graf von Roon. — An den katholischen Domprediger und Canonikus Herrn Dr. Künzer, Hochehrwürden zu Breslau."

—l. **Görlitz**, 26. Januar. [Neue Straße. — Proceß.] Als im Jahre 1849 die Befestigungswerke der Stadt eingeebnet wurden, entstand durch Zufüllung der Gräben und Abtragung des Glacis um die Hauptbastion, der Kaisertrutz genannt, ein Theil des jetzigen Demianiplatzes, auf welchem das Theater steht und der im Uebrigen mit Anlagen besetzt ist. Da diese Partie nicht bis zur Niveauhöhe des Obermarktes ausgefüllt werden konnte, so ist ein directer Fahrweg zwischen diesen beiden Plätzen nicht vorhanden, die Wagen müssen vielmehr entweder um den Kaisertrutz, der jetzt als Hauptwache dient oder um das Theater herum fahren. In gerader Richtung ist der Verkehr für Fußgänger durch eine breite Freitreppe von Granit vermittelt, welche in Verbindung mit den hochstämmigen blühenden Flieder- und Akazienbäumen der Anlagn namentlich in Frühling zu den anmuthigsten Ansichten der Stadt gezählt werden kann. Leider wird der Görlitzer diese Treppe, wenn auch mit schweren Herzen, dem steigenden Verkehr zum Opfer bringen müssen. Nachdem man es nämlich versäumt hat, eine Straße vom Postplatz nach dem Demianiplatz durchzubrechen, ist der ganze Verkehr zwischen neuer und alter Stadt, der auf dem Postplatz zusammenfließt, auf die enge Passage an der Frauenkirche angewiesen. An dieser Stelle entwickelt sich zu gewissen Zeiten ein nahezu gefährlicher Trubel. Man beabsichtigt nun, um diese Stelle zu entlasten, die Kroelstraße bis zur Bahnhofstraße durchzuführen, und durch diese, die Hartmann- und Louisenstraße, welche Letztere gegenüber der Freitreppe in den Demianiplatz mündet, den gesammten Lastverkehr nach dem Obermarkt und der innern Stadt zuführen. Unter diesen Umständen muß die hübsche Freitreppe einem in sanfter Steigung aufwärts führenden Straßendamm weichen. Ob dadurch aber wirklich der erstrebte Zweck erreicht werden wird, soll die Zukunft lehren, die neue dem Frachtverkehr geöffnete Straße dürfte wegen ihrer nicht günstigen Niveauverhältnisse freiwillig nur selten von Fuhrleuten gewählt werden. — Das Streben, die Passage an der Frauenkirche zu erleichtern, wird die Stadtgemeinde demnächst in einen eigenthümlichen Rechtsstreit verwickeln. Bis vor wenigen Jahren stieß nämlich die Einfriedigung des Kirchhofes an der Frauenkirche dicht an den Bürgersteig an, so daß bei regem Verkehr das Publikum wenig Raum zum Ausweichen hatte. Der Kirchhof ist längst geschlossen und gehört dem hiesigen Bürgerhospital. Die Stadtbehörden, welche die Verwaltung dieser Stiftung führen, haben nun vor einigen Jahren, theils um die Anfahrt an die wieder zum Gottesdienst eingerichtete Frauenkirche zu ermöglichen, theils wohl auch um dem Straßenverkehr mehr Raum zu geben, beschlossen, die Einfriedigung des Kirchhofes zurückzurücken. Hierdurch ist nach der Nordseite der Kirche zu ein Winkel gebildet, weil das nächste Privatgebäude, der Handelsgesellschaft Linke und Melzer gehörig, um einige Meter vor der zurückgerückten Einfriedigung in die Straße vorspringt. Dieser Winkel sollte nach der Absicht der Stadtbehörden mit Strauchwerk bepflanzt werden. Unbegreiflicherweise ist indeß die Ausführung dieses Beschlusses unterblieben, und dadurch die Meinung erweckt worden, daß der fragliche Winkel Straßenterrain sei. Die Herren Linke und Melzer haben nun bei einem Umbau ihres Hauses eine Thür nach jenem Winkel angelegt, und haben den Versuch der Stadtbehörden, die Benutzung dieser Thür durch vorgesetzte Hindernisse zu verhindern, im Proceßwege vereitelt. Der Magistrat hat jetzt bei den Stadtverordneten die Genehmigung zur Anstellung einer Klage auf Beseitigung der Thür nachgesucht. Diese Genehmigung ist auch, trotzdem der Syndicas der Stadt, sowie ein rechtskundiger Stadtverordneter von der Klageanstellung abgerathen haben, in der letzten Stadtverordneten-Versammlung ertheilt worden. — Wie verlautet, soll das durch den Rücktritt des Herrn Stadtrath Breslauer in den Staatsdienst erledigte Amt eines Syndicus im Magistrat nicht wieder besetzt werden.

⊙ **Waldenburg**, 28. Jan. [Zur Tageschronik.] Am Neujahrstage wurde der verstorbene Wirthschafter Sch. aus Weisstein beerdigt. Die Schließung des Grabes wurde beanstandet, weil die Vermuthung aufgetaucht war, der Tod des Genannten könnte die Folge einer durch einen erhaltenen Schlag verursachten Kopfwunde sein. Nach etwa acht Tagen erfolgte die Schließung des Grabes, weil die etwa verdächtigenden Vermuthungen als haltlos erschienen. Mitte voriger Woche ist aber das Grab wieder geöffnet worden und die gerichtliche Untersuchung der Leiche dennoch erfolgt. Die eingehende Secirung derselben hat aber, dem Vernehmen nach, doch nicht ergeben, daß der Tod eingetreten sei in Folge einer Verletzung. Die Kopfwunde war vollständig zugeheilt. — Eine unbegreifliche, höchst traurige Thatsache ist aus Gottesberg zu berichten. In dem Hause des Kämmerers Sch. daselbst wohnt ein junger Mann, Sp. Derselbe begiebt sich Anfangs voriger Woche Nachts um 11 Uhr in den 3. Stock und begehrt, wie erzählt wird, mit verstellter Stimme an der Schlafstubenthür der Stieftochter des Obengenannten klopfend, Einlaß. Das Mädchen erwacht, verläßt das Bett und sieht durch das Schlüsselloch der Thür eine weiße Gestalt mit einem brennenden Lichte. Das muß ihr einen so fürchterlichen Schreck verursacht haben, daß sie aus Angst sich aus dem Fenster stürzte. Noch lebend, aber im bedauerlichsten Zustande, wird sie in Folge ihres lauten Wimmerns bald vorgefunden und nach dem Zimmer gebracht. Ihr Körper ist in allen seinen Theilen zerschellt und wohl auch die Verletzung innerer Theile desselben anzunehmen. Sie muß in Tüchern von Bett zu Bett gehoben werden, an eine Genesung ist kaum zu glauben. Der junge Mann ist noch von der Mutter der Unglücklichen auf der Treppe herabkommend betroffen worden. Er gab vor, ein Glas Wasser bedurft zu haben. — In einem nahe liegenden Schachte begegnete vergangenen Freitag ein höchst bedauerliches Unglück. Mehrere Bergleute sind an einem Ort mit Sprengen von Gestein beschäftigt. Die Sprengladung wird von sämmtlichen eingelegt, sie ziehen sich zurück, nachdem Vorbereitungen zum Abbrennen der Schüsse getroffen worden waren. Sprengungen erfolgen, man meint, es seien alle, Jeder geht an seinen Platz, um zum Rechten zu sehen. Des Einen Schuß hatte sich aber noch verhalten, die Explosion erfolgte grade in dem Augenblicke, als der Bergmann zur Stelle kam, das herumfliegende Gestein bohrte sich förmlich im Gesicht, Gehirn u. s. w. ein, sämmtliche Bekleidung wurde zerrissen, der Tod des Bergmanns Gruslar erfolgte augenblicklich. Leider hinterläßt der Unglückliche eine Familie mit 5 Kindern.

F. **Frankenstein**, 27. Januar. [Schulverhältnisse.] Seit ¾ Jahren ist bei hiesiger evangelischer Schule der sonst regelmäßige Unterricht nicht mehr vorhanden, weil Lehrerwechsel, verzögerte Ausschreibung der offenen Stellen, sowie Krankheit die jetzigen Zustände veranlaßt haben. — Obgleich bereits am Neujahr 1872 die Pensionirung des ältesten Lehrers vom April ab beschlossen war, wurde die Ausschreibung dieser zu besetzenden Stelle Seitens des Schulpatrons so lange verzögert, daß der Antritt des neuen Lehrers statt zu Ostern, erst im Juni v. J. erfolgen konnte. Dieser Lehrer kündigte bald nach seinem Antritt, weil er noch Nebengeschäfte, Wiederholungs-Unterricht und Kirchendienst, unentgeltlich verrichten sollte, was er erst nach der Amtseinführung erfahren hatte. In die Zeit seines vierteljährlichen Hierseins fielen die Sommerferien und nach diesen verließ der Lehrer den Ort. Die betreffende Klasse mußte geschlossen werden und zwar auf mehrere Wochen, weil die wieder verzögerte Ausschreibung den rechtzeitigen Antritt eines Nachfolgers unmöglich machte. Seit Anfang dieses Jahres ist ein Lehrer erkrankt und ihm zur Herstellung seiner Gesundheit ein halbjähriger Urlaub bewilligt worden. Statt für diese Zeit einen Stellvertreter zu beschaffen, haben die 3 anderen Lehrer die Vertretung des Kranken übernehmen müssen, und um das zu ermöglichen, ist eine Klasse ganz aufgelöst und deren Kinder den übrigen Klassen zugetheilt worden. Ein durchgreifender Unterricht kann bei dieser Ueberfüllung nicht ausgeführt werden. Die Unterklasse hat durch Zugang jetzt so viel Schüler, daß eine Theilung in sog. Halbtagsschulen erfolgen mußte, und erhalten dadurch die älteren Kinder früh 3, die jüngeren Kinder Nachmittags sogar nur 2 Stunden Unterricht täglich. Die Letzteren haben sogar noch Mittwoch und Sonnabend ganz frei. Die Unzufriedenheit der Eltern ist groß und rasche Abhilfe dringend nothwendig.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 28. 29.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	334''',53	334''',49	334''',05
Luftwärme	— 2°,9	— 4°,5	— 4°,7
Dunstdruck	1''',24	1''',16	1''',13
Dunstsättigung	87 pCt.	89 pCt.	88 pCt.
Wind	O. 1	SO. 1	SO. 1
Wetter	trübe, Schnee.	trübe.	trübe.

Breslau, 29. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 5 Z. U.-P. — F. 3 Z.

Berlin, 28. Januar. Obwohl der Verlauf des heutigen Geschäfts gerade nicht ungünstig genannt werden kann, so machte sich doch gegen die jüngst vorhergegangenen Geschäftstage eine Abschwächung bemerkbar, die aber zum größten Theile nur äußerlich durch die Liquidation hervorgerufen war; man beschäftigte sich bereits lebhaft mit der Regulirung, und dieselbe, sich zwar leicht abwickelnd, nimmt doch immerhin die Thätigkeit des betheiligten Publikums derartig in Anspruch, daß hierdurch das laufende Geschäft beeinträchtigt werden muß. Dies fand um so mehr heute statt, wo man erst den Ablauf der Prämienerklärung abwarten wollte. Die Speculationspapiere zeigten sich ganz abhängig von den eintreffenden Wiener Depeschen, diese kamen erst wenig anregend, daher auch hier anfänglich eine matte Tendenz Platz griff. Spätere Depeschen ließen eine Besserung eintreten und kann der Schluß der Börse fest genannt werden. Die Hauptumsätze fanden wiederum in Lombarden statt, denen sich überhaupt jetzt die Speculation hier und in Paris mehr zuzuneigen scheint. Oesterreichische Creditactien blieben stiller, noch mehr waren jedoch Franzosen vernachlässigt. Oesterreichische Bahnen behaupteten sich ziemlich gut, traten aber nur in sehr geringen Verkehr, dasselbe ist von allen auswärtigen Fonds zu sagen, deren Umsätze lediglich durch das Ultimobedürfniß vorgeschrieben war. Die Course behaupteten sich mit Ausnahme von französischer Rente in dem gestrigen Niveau. Preußische Fonds unverändert, nur Consols ließen etwas nach. Pfandbriefe gingen lebhaft um, auch preußische Central-Boden-Credit-Pfandbriefe recht rege. Prioritäten fest und wenig verändert, aber auch nur in sehr mäßigem Verkehr; von preußischen zeigten Stettiner, Görlitzer und Oberschlesische 4½% einiges Leben, österreichische Prioritäten fest aber still. Russische sehr vernachlässigt. Auf dem Eisenbahnactien-Markte blieb das Geschäft durch Prämienerklärung und Liquidation sehr beeinträchtigt. Schwere Bahnactien waren theilweise schwächer, kleine Actien gingen etwas lebhafter um und Machstrichter, Nahebahn und Schweizer Westbahn konnten sogar etwas gewinnen. Im Prämiengeschäft war der Verkehr sehr geringfügig. Bankactien ziemlich lebhaft und recht fest. Höher notiren Disconto-Commandit, Darmstädter, Provinzial-Disconto, Jachmann, Preußische Credit, auch Central-Genossenschaft, Quistorp, Meininger beliebt. Bank für Rheinland zwar still aber steigend. Thüringer Bank und Thüringer Bankverein sehr rege, Schuster anziehend, Provinzial-Gewerbebank sehr begehrt. Auch preußische Bankantheile wieder mehrprocentig höher. Industriepapiere, besonders von diesen Bergwerksactien beliebt. In Pleßner großes Geschäft, Rathenow optische und Faßfabrik sehr lebhaft. Centralfactorei, City, Ostend und Südend steigend, in großem Verkehr Halberstädter, Eisenwerke höher und neue Chemnitzer Eisengießerei belebt. Ritterburg 118 Posten bez., auch einzelne Brauereien beliebt. Metall-Industrie 105 bez. u. Gd., Bensberg-Gladbacher 114¾—115¼ bez. u. Gd., Harzer Union 113 bez. u. Gd. — Wechsel unverändert, Banco lebhaft, Paris begehrt. (Bank- u. H.-Z.)

B. **Stettin**, 28. Jan. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: bewölkt. Temperatur — 2° R., Morgens — 5° R. Barometer 28" 7'''. Wind: SO. — Weizen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 50—62 Thlr. bez., besserer 63—73 Thlr. bez., feiner 74—82 Thlr. bez., pr. Januar 81 Thlr. nom., pr. Frühjahr 83, 82¾, 83¼ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 83 Thlr. Br., pr. Juni-Juli 82¾ Thlr. Br., pr. Juli-August 82½ Thlr. bez. u. Br., ¼ Thlr. Gld., pr. September-October 79—78½ Thlr. bez., Br. u. Gld. — — Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco ger. 50—54½ Thlr. bez., feiner bis 56½ Thlr. bez., pr. Januar u. Januar-Februar 54 Thlr. nom., pr. Februar-März 54⅝ Thlr. Br., pr. Frühjahr 55¼, ⅛ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 55—54⅝, ¾ Thlr. bez., Br. u. Gld., pr. Juni-Juli 54¾ Thlr. bez., pr. September-October 53 Thlr. Gld., 53¼ Thlr. Br. — Gerste unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 50—56½ Thlr. bez. — Hafer still, pr. 2000 Pfd. loco 37—44½ Thlr. bez., pr. Frühjahr 45 Thlr. Gld. — Erbsen unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 42—47 Thlr. bez. — Winterrübsen pr. 2000 Pfd. pr. September-October 103¾ Thlr. bez. u. Gld., 103½ Thlr. Br. — Rüböl geschäftslos, pr. 200 Pfd. loco 23⅙ Thlr. Br., pr. Januar 22½ Thlr. Br. u. Gld., pr. April-Mai 23¼ Thlr. Br. u. Gld., pr. September-October 23$^{11}/_{12}$ Thlr. Br., 23⅚ Thlr. Gld. — Spiritus etwas höher, pr. 100 Liter à 100 pCt. loco ohne Faß 18$^{1}/_{12}$, 18 Thlr. bez., pr. Januar u. Januar-Februar 18⅙ Thlr. bez., pr. Frühjahr 18$^{11}/_{24}$, $^{5}/_{12}$, ½, $^{5}/_{12}$ Thlr. bez., Br. u. Gld., pr. Mai-Juni 18⅔ Thlr. bez. — Petroleum loco bei Kleinigkeiten 6½ Thlr. bez., Anmeld. 6⅓ Thlr. bez., pr. Januar 6¼ Thlr. Gld., 6⅓ Thlr. Br., pr. Februar 6¼ Thlr. Br., 6⅙ Thlr. Gld., pr. Februar-März 6⅙ Thlr. Br.

Angemeldet: 300 Ctr. Rüböl, 250 Faß Petroleum.

Regulirungspreise: Weizen 81, Roggen 54, Rüböl 22½, Spiritus 18⅙, Petroleum 6¼ Thlr.

Posen, 28. Januar. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pro 1000 Kilogramm) behauptet. Kündigungspreis 54. Gek. — Wspl. Januar 54 Br., Januar-Februar 54 Br., Februar-März

54 Br., Frühjahr 54¾ bez. u. G., April-Mai 54¾ bez. u. G., Mai-Juni 54¾ bez. u. Br., Juni-Juli —. Spiritus (pro 10,000 Liter %) höher. Kündigungspreis 17⅞. Gek. — Liter Januar 17¼ bez. u. Br., März 17⅞ G., April 18⅛ Br., April-Mai 18¼ bez. u. G., Mai 18⅜ bez. u. Br., Juni 18⅞ bez. u. G., Juli 19 Br., August 19¼—¾ bez., Juni-Juli —.

Posener Markt-Bericht. Weizen: fester, pro 1050 Kilogr. feiner 88—95 Thlr., mittel 83—85 Thlr., ordinär und defect 75—80 Thlr. — Roggen: in feiner Waare beachtet, pr. 1000 Kilogr. feiner 56—57 Thlr., mittel 54—55 Thlr., ordinär 52—53 Thlr. — Gerste behauptet, pr. 925 Kilogr. feine 46—47¼ Thlr., mittel und ordinär 43—45 Thlr. — Hafer: flau, pr. 625 Kilogramm feiner 26—27 Thlr., mittel u. defect 24—25 Thlr. — Erbsen: matt, pro 1125 Kilogramm, Koch-Erbsen 53—55 Thlr., Futter-Erbsen 46—49 Thlr. — Lupinen: gefragt, pr. 1000 Kilogramm gelbe 32—35 Thlr., blaue 26—32 Thlr. — Wicken: beachtet, pr. 1000 Kilogr. 40—44 Thlr. — Oelsaaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr., Rips — Thlr. — Leinsaamen: wenig verändert, pro 50 Kilogramm 78—82 Thlr. — Buchweizen: still, pr. 75 Kilogr. 46—49 Thlr. — Feinste Waaren über Notiz. — Wetter: Trübe.

Berlin, 28. Januar. Weizen: Termine verkehrten in fester Haltung, bei sehr stillem Verkehr. Gekündigt 2000 Ctnr. Kündigungspreis 82¾ Thlr. Loco 72—89 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bz., weißbunter poln. — Thlr. bz., gelber mecklenburger 77⅞ Thlr. ab Bahn bz., pro Januar 82¾ Thlr. bz., pr. Januar-Februar 82¾ Thlr. Br., Februar-März — Thlr. bez., pr. März-April — Thlr. bez., April-Mai 82¾—83 Thlr. bz., Mai-Juni 82¾ Thlr. bz., Juni-Juli 82¾ Thlr. bez. — Roggen in loco schleppendes Geschäft. — Im Terminhandel war heute eine matte Stimmung vorherrschend, Käufer konnten auf alle Sichten etwas billiger ankommen. Dennoch bewegte sich der Verkehr in den engsten Grenzen. Loco 56—60 Thlr. pro 1000 Kilogr. gefordert, russischer 56¾—⅞ Thlr. bz., inländischer 57—⅝ Thlr. ab Bahn bz., pro Januar 57⅝—⅜ Thlr. bz., Januar-Februar 56⅞—⅝ Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-Mai 55⅞—⅝ Thlr. bez., Mai-Juni 55⅝ Thlr. bez., Juni-Juli 55⅝ Thlr. bez., Juli-August 55⅝ Thlr. bez. — Rüböl wurde von der Platzspeculation stark verkauft, dennoch gingen Preise etwas zurück. Gekündigt — Ctnr. Loco 22⅝ Thlr. — Spiritus loco gut gefragt, war auf Termine matt und billiger, loco ohne Faß 17 Sgr. bez., pro Januar und Januar-Februar 18 Thlr. 12—13 Sgr. bez., Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., April-Mai 18 Thlr. 21—22 Sgr. bez., Mai-Juni 19 Thlr. 25—24 Sgr. bez., Juni-Juli 19 Thlr. 3 Sgr. bez., Juli-August 19 Thlr. 18 Sgr. Br., 6 Sgr. Gld. Gekündigt 10,000 Liter. — Kündigungspreis 18 Thlr. 3 Sgr. — Wetter: kalt.

♂ Breslau, 29. Jan., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr schleppend, bei sehr mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen nur in geringen Qualitäten zugeführt, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 6⅞ bis 9 Thlr., gelber 7—8⅞ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 5⅝—6⅛ Thlr., feinste Sorte 6⅜ Thlr. bezahlt.

Gerste fester, pr. 100 Kilogr. 4¾—5⅛ Thlr., weiße 5⅝ bis 5⅞ Thlr.

Hafer behauptet, pr. 100 Kilogr. 4⅛—4⅞ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen lustlos, pr. 100 Kilogr. 4⅔—5⅛ Thlr.

Wicken sehr fest, pr. 100 Kilogr. 4⅛—4⅞ Thlr.

Lupinen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. gelbe 3—3⅞ Thlr., blaue 2⅝ bis 3¼ Thlr.

Bohnen niedriger, pr. 100 Kilogr. schlesische 5⅞—6 Thlr.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 5—5¼ Thlr.

Oelsaaten ohne Kauflust.

Schlaglein gut behauptet.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat	8 — —	8 15 —	9 — —
Winter-Raps	9 15 —	9 17 6	10 5 —
Winter-Rübsen	8 27 —	9 2 6	9 17 6
Sommer-Rübsen	8 17 —	9 — —	9 17 6
Leindotter	7 — —	7 25 —	8 10 —

Rapskuchen unverändert, schlesische 70—73 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen matter, schlesische 88—90 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat wenig verändert, rothe 13⅓—16⅓ Thlr. pr 50 Kilogr., weiße 16—19—21½ Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee mehr offerirt, 8½—10⅙ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Versailles, 28. Januar, Abends. Die Dreißiger-Commission lehnte den zweiten Theil des Amendements Ernoul, betreffend die Vereinigung der Dreißer-Commission mit der Wahlgesetz-Commission, ab. Sodann folgte die Annahme aller Artikel des Gesetzentwurfs über die Machtvollkommenheit der Regierung. Die Commission wird denselben mit den Amendements Broet und Duchatel Thiers und Dufaure vorlegen. Thiers wird ihn nicht ohne Modificationen annehmen, aber ein definitives Uebereinkommen ist der „Agence Havas" zufolge zweifellos.

Bordeaux, 27. Januar. Dem Packetdampfboote „Araucania" gelang es am 25. d. die Mannschaft des in entmastetem Zustande unweit des Caps Artegal angetroffenen österreichischen Barkschiffs „Areddo Maitutino" zu retten.

Rom, 28. Januar. Kammersitzung. Ein Decret verordnet die theilweise oder gänzliche Expropriirung von 16 Klöstern in Rom aus öffentlichen Rücksichten; der entsprechende Werthbetrag wird im großen Schuldbuche eingetragen. In der Kammergerichts-Sitzung erklärte der Minister-Präsident Lanza auf eine Anfrage Lazzaros, daß die Beschlüsse administrativer Körperschaften wegen der Subscription zu dem Monumente Napoleons keinen politischen, sondern einen blos moralischen Charakter haben; sie haben damit nicht ihre Zustimmung oder ihren Beifall bei den politischen Acten Napoleons, sondern zu seiner hochherzigen Führung der Armee Italiens zur Unabhängigkeit ausgesprochen; er ist überzeugt, daß das Land in dieser Kundgebung fast einmüthig ist.

Madrid, 27. Januar. General Gonzales hat die Bande des Pfarrers von Veracruz vollständig geschlagen, wobei 35 Todte und viele Verwundete auf dem Platze blieben und 20 Gefangene gemacht wurden. — In der heutigen Sitzung des Congresses wurde eine große Anzahl von Petitionen um sofortige Aufhebung der Sklaverei auf Kuba und Portoriko auf den Tisch des Hauses niedergelegt und ein Antrag eingebracht, ein Drittel der Rentencoupons anstatt in Papier in Silber, jedoch mit einem Abzuge von 20 Procent auszuzahlen.

London, 28. Januar. Die von einigen Blättern behauptete vollständige Eintracht der bonapartistischen Partei ist der „Morningpost" zufolge nicht vorhanden. Die Partei hat sich vielmehr in zwei Theile gespalten, von denen die eine sich um die verwittwete Kaiserin, die andere um den Prinzen Napoleon gruppirt. Nach der „Morningpost" würde der Letztere sich genau innerhalb der kürzlich bereits gemeldeten Linie halten und nichts weiter beanspruchen als die Anerkennung und Ausübung seines französischen Bürgerrechtes; in Folge dessen wäre aber auch jede Verständigung zwischen ihm und der Kaiserin Eugenie und deren politischen Freunden unmöglich.

Lissabon, 27. Januar. In dem Testamente der vorgestern verstorbenen verwittweten Kaiserin von Brasilien ist die Königin-Mutter von Schweden zur Universalerbin eingesetzt. Die feierliche Beisetzung der verewigten Kaiserin findet am 29. d. statt.

Petersburg, 27. Januar. Am 25. ist die Leiche der verewigten Großfürstin Helena Pawlowna nach der Kathedrale der Peter-Paulsfestung gebracht worden. Der Zug bewegte sich nicht über die Nicolaibrücke, welcher Umweg zwei und eine halbe Stunde verlangt haben würde, sondern vom Marmorpalais aus, gerade über das Eis der Neva welche in ihrer ganzen Breite dazu mit Bohlen belegt worden war. Die feierliche Bestattung soll heute stattfinden. Allgemein giebt sich innige Theilnahme und Verehrung für die Verstorbene kund. — Die Prozeßverhandlungen gegen den Mörder Netschajeff werden ins Französische übersetzt und auf Allerhöchsten Befehl ohne die geringste Auslassung veröffentlicht werden, um dem Auslande darzuthun, mit welchem Unrecht man eine Zeit lang Netschajeff als politischen Flüchtling betrachtet hat, um ihn dadurch dem Arme der strafenden Gerechtigkeit zu entziehen.

Berliner Börse vom 28. Januar 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	5	140⅝ bz.
do. do.	2 M.	5	139⅝ bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	4	149¼ bz.
do. do.	2 M.	4	— —
London 1 Lst.	3 M.	4	6.20⅝ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl.	8 T.	6	92B. 91⅞G.
do. do.	2 M.	6	91¼B. ⅛G
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56 16 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	5	99⅞ G.
do. do.	2 M.	4½	— —
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	89⅝ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	6	82 bz.
Bremen	8 T.	5	— —

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102 G.
Staats-Anl. 4½%ige	4½	101¾ B.
dito consolid.	4½	103⅝ bz.
dito 4%ige	4	96 bz.
Staats-Schuldscheine	3½	89⅝ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	124½ G.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101 bz.
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	95½ bz.G.
Pfandbriefe: Berliner	4½	98⅞ bz.
Central-Boden-Cr.	5	102 B
do. Unkündb.	5	102¼ bz.
Pommersche	3½	81½ G.
Posensche	4	90⅝ bz.G.
Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95¾ G.
Pommersche	4	96½ B.
Posensche	4	92 bz G.
Preussische	4	94 G.
Westfäl. u. Rhein.	4	97⅞ bz.
Sächsische	4	96½ B.
Schlesische	4	94 B.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 71½ G.
Oldenburger Loose 38 bz.

Louisd'or 111 bzG.	Dollars 1.11¼ G.
Sovereigns 6.21¾ bG	FrmdBkn. 99¾ bzB.
Napoleons 5.10⅛ bB.	Oest. Bkn. 92 1/16 bz.
Imperials 5.16 G.	Russ. Bkn. 82 5/16 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	65⅞ bz.
do. Papierrente	4⅕	61⅝ bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	96⅝ bz.
do. 54er Präm.-Anl.	4	94¼ G.
do. Credit-Loose	—	118¼ G.
do. 64er Loose	—	93 bz.G.
do. Silberpfandbr.	5½	83⅞ bz.
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Gs.	5	91¾ G.
Wiener Silberpfandbr.	5½	87 B.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	127⅞ bz.
do. do. 1866	5	129⅜ bz.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	5	— —
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	75⅞ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	77 bz.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	65⅞ G
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97¼ G.
do. do. p. 1885	6	98¼ bz.
do. 5% Anleihe	5	97 bz.
Badische Präm.-Anl.	4	112½ bz.G.
Baiersche 4% Anleihe	4	116½ G.
Französische Rente	5	85¾ bz.
Ital. neue 5% Anleihe	5	64⅞ bz.
Ital. Tabak-Oblig.	6	93½ et bz.G.
Raab-Grazer 100 Thlr-L.	4	84⅝ G.
Rumänische Anleihe	8	— kl 99¾ bz.B.
Türkische Anleihe	5	52 bz.G.
Ung. 5% St. Eisenb. Anl.	5	76¼ bz.

Badische 35 Fl.-Loose 40 G.
Braunschw. Präm.-Anl. 24¾ bz.
Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 9¾ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	99 bz.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	82½ etbz.B.
do. do. VI.	4½	98¾ bz
do. Nordbahn	5	102½ et bz.B.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	97¾ bz.
do. do. G.	4½	97¾ bz.
do. do. H.	4½	97¾ bz.
Cöln-Minden III.	4	89⅞ bz.
do. do. do.	4½	99 bz B.
do. do. IV.	4	89⅝ G.
do. do. V.	4	89½ bz.B.
Märkisch-Posener	5	102¼ B.
Ndrschl.-Märkische	4	91¾ G.
do. do. III.	4	90¼ bz.B.
do. do. IV.	4½	101 G.
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	102 G
do. do. D.	5	102 G.
Oberschles. A.	4	89 G.
do. B.	3½	81 G.
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	82 B.
do. F.	4½	99 G.
do. G.	4½	98½ B.
do. H.	4½	98½ bz.
do.	5	101⅞ bz.G.
do. Brieg-Neisse	4½	— —
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	90½ G.
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	4½	— —
do. do.	5	102½ bz.B.
Ostpreuss. Südbahn	5	101¼ bz.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101¾ bz.
Schlesw. Eisenbahn	4½	96¾ bz.G.
Stargard-Posen III. Em.	4½	— —
Lemberg-Czernowitz	5	67¾ bz.G.
do. do. II.	5	79½ bz.
do. do. III.	5	70⅞ bz.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	93½ B.
do. do. neue	5	89⅞ B.
Kaschau-Oderberg	5	85 bz.
Kronpr. Rudolph-Bhn	5	86⅝ G.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	82⅝ G.
Oesterr.-Französische	3	296 G.
do do. neue	3	283¾ bz.
do. südl. Staatsbhn.	3	251½ et bz.B.
do. neue	3	248⅞ bz.
do. Obligationen	5	86 bz.
Chemnitz-Komotau	5	92 B.
Prag-Dux	5	85⅝ et bz.G.
Dux-Bodenbach	5	88¾ bz.
Rockford Rock Island	7	33½ bz.G.
Ung. Nordostbahn	5	76⅞ et bz.B.
Ung. Ostbahn	5	70 bz.G.
Warschau-Wien II.	5	96⅝ bz.
do. III	5	95¼ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht	⅗	—	4	46⅞ bz
Berg.-Märkische	7½	—	4	122¾ à ½ bz
Berlin-Anhalt	18½	—	4	208 et bz B.
Berlin-Görlitz	0	—	4	115¾ bz G.
Berlin-Hamburg	10¾	—	4	222½ bz
Berl.-Potsd.-Magd.	14	—	4	152⅛ bz B.
Berlin-Stettin	11¾	—	4	187 bz B.
Böhm. Westbahn	8½	—	5	110½ et bzG
Breslau-Freib.	9½	—	4	123 bz
do. neue	—	—	5	113½ G.
Cöln-Minden	11⅕	—	4	164½ à ¼ bz
do. do. neue	5	—	5	113½ bz B.
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	62¾ bz G
Gal. C.-Ludw.-B.	8½	—	5	105⅛ à 4⅞ bz
Halle-Sorau Guben	4	—	4	67 bz G.
Hannover-Altenb.	5	—	5	82 bz G.
Kaschau-Oderberg	5	—	5	84 bz
Kronpr.-Rudolfb.	5	—	5	78⅜ bz
Ludwigsh.-Bexb.	11¾	—	4	195¾ bz
Märk.-Posener	0	—	4	62⅜ bz G.
Magdeb.-Halberst.	8½	—	4	133 bz G.
Magdeb.-Leipzig	16	—	4	265¾ bz
do. Lit. B.	4	—	4	99 bz G.
Mainz-Ludwigshaf.	11	—	4	173 bz G.
Ndrschl.-Märk.	4	—	4	94¾ bz G.
Ndrschl.-Zweigb.	5	—	4	110¼ bz G
Oberschles. A. u. C.	13¾	—	3½	216⅞ bz
do. B.	13¾	—	3½	193⅜ B.
Oestr.-Fr.-St.-B.	12	—	5	203¼ à ⅝ bz
Oester.-Nordwestb.	5	—	5	132¾ à 3? bz
Oestr. südl. St.-B.	4	—	5	117¼ à ⅜ bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	46¾ bz G.
Rechte O.-U.-Bahn	3	—	5	126½ bz
Reichenberg-Pard.	4²/₇	—	4½	80¾ bz
Rheinische	10	—	4	154⅞ à ½ bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	44¾ bz B.
Rumän. Eisenb.	5½	—	6	43⅞ bz
Schweiz. Westbahn	2	—	4	54⅜ bz G.
Stargard-Posener	4½	—	4½	105 G.
Thüringer	10½	—	4	148 G.
Warschau-Wien	12	—	5	86¾ bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	—	5	107 bz G.
Berlin Nordbahn	—	—	5	72½ bz
Breslau-Warschau	5	—	5	66 bz
Halle-Sorau Guben	5	—	5	83⅞ bz
Hannover-Altenb.	5	—	5	93⅛ bz G.
Kohlfurt-Falkenb.	—	—	5	92¼ bz B.
Märk.-Posener	0	—	5	86 bz G.
Magdeb.-Halberst.	3½	—	3½	81⅞ bz
Ostpr. Südbahn	0	—	5	70⅞ bz
Rechte O.-U.-Bahn	5	—	5	124½ bz
Saal-Bahn	—	—	5	77 G.

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	—	—	5	120½ G.
Berliner Bank	15	—	4	113½ bz G.
Berl. Bankverein	16	—	5	145⅝ bz G.
Berl. Kassen-Ver.	12⅖	—	4	298 bz B.
Berlin. Hand.-Ges.	12½	—	4	148½ bz G.
Berl. Lombard-Bk.	5	—	5	90¾ bz B.
Berl. Makler-Bank	25¾	—	4	107 bz B.
Berl. Prod.-Makl.-B.	—	—	5	97 bz
Berl. Wechslerbnk.	12½	—	5	60¾ bz G.
Braunschw. Bank	8½	—	4	123⅞ bz
Bresl. Disc.-Bank Friedenthal u. C.	13	—	4	119 bz
Bresl. Handels-Ges.	—	—	5	— —
Bresl. Maklerbank	—	—	5	139¾ et bz G.
BreslMakl-Ver-Bk	—	—	5	108 G.
BrProvWechslerB.	—	—	5	107 B
Brsl. Wechslerbnk.	12	—	4	128½ B.
Centr.-Bk. f. Genos.	12	—	4	127⅞ bz G
CoburgerCred.-Bk.	10¼	—	4	104 bz G.
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	115 G.
Darmst. Creditb.	15	—	4	188⅞ bz G.
Darmst. Zettelbank	8	—	4	114⅛ bz G.
Dessauer	—	—	fr.	— —
Deutsche Bank	8	—	4	107½ bz G.
DeutscheUnionsbk	11½	—	4	106 bz
Disc.-Com.-A.	24	—	4	277 bz G.
Genfer Bank	—	—	fr.	71⅛ bz G.
Genossensch.-Bnk.	10¾	—	4	134⅞ bz G.
do. junge	—	—	4	126 G.
Gewb. Schusteru. C.	10⅜	—	4	134 bz G.
Goth. Grundcred.-B	9	—	4	115 bz
Hamb. Nordd. Bk.	12⅗	—	4	175 G.
do. Vereins-Bk.	11¼	—	4	124½ G.
Hannover'sche do.	—	—	5	111½ bz
do. Disconto-Bk.	—	—	4	92 bz G.
Hessische Bank.	—	—	4	88 B.
Königsberger do.	11	—	5	100 G.
Landw.-B. Kwileck	—	—	4	99¾ G
Leipz. Credit-Bnk.	11	—	5	175 bz G.
Luxemburger do.	12	—	4	139⅞ bz G.
Magdeburger do.	5⅘	—	4	107¼ G.
Meininger do.	12	—	4	144⅝ bz G
Moldauer Lds.-Bk.	6	—	4	69 B.
Ndrschl. Cassenver.	12	—	4	124 et bz B
Nordd. Grundcr.-B	8	—	4	107 bz G.
Oberlausitzer Bnk.	10¾	—	5	106⅛ bz G.
Oest. Credit-Actien	17½	—	5	203⅝ à ½ bz
Ostdeutsche Bank	—	—	5	101 B.
OstdProducten-Bk	—	—	5	83½ G.
Posener Bank	6⅘	—	4	110¼ B.
Pos. ProvWechslb	—	—	4	96½ B.
Preuss. Bank-Act.	12³/₁₀	—	4	206 bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B	14	—	5	177 bz G.
Pr. Central-Bod. Cr.	9½	—	5	132 à ½ bz G.
Pr. Credit-Anstalt.	—	—	5	142½ bz G
Prov-Wechsler-Bk	—	—	4	82½ bz
Sächs. B. 60% I. S.	10	—	4	150¾ bz G.
Sächs. Cred.-Bank	11	—	4	133 B.
Schles. Bank-Ver.	12	—	4	159 et bz B.
Schl. Vereins-Bank	—	—	5	108 bz G.
Thüringer Bank	15	—	5	126 bz G.
Ver.-Bk. Quistorp.	—	19	5	183⅞ bz G
Weimar. Bank	7	—	4	117½ G
WienerUnionbank	—	—	5	159 bz
Berl. Eisenb. Bed-A	10½	—	5	191 bz G.
Görlitzer do.	0	—	5	75 B.
Oberschles. do.	6	—	5	156 bz G.
Märk. Schl Masch-G	—	—	5	67¼ bz G.
Nordd. Papierfabr.	8¹/₁₀	—	5	96 G.
Westend, Comm-G.	16	17	5	120½ bz G.
Baltischer Lloyd.	10	—	5	76 bz B.
Bresl. Bierbrauerei	—	—	5	74½ G.
do. verein. Oelfab.	—	—	5	88 B.
Bresl. E-Wagenbau	7	—	5	94¾ et bz
Erdm. Spinnerei.	—	—	5	88 bz B.
Hoffm's Wagg. Fab.	—	—	5	76¼ bz G.
S. Act. Br. (Scholtz)	9	—	5	90 bz G.
do. Porzellan	—	8	5	104 bz G.
Schl. Leinenindust.	10	—	5	106 B.
Schl. Tuchfabrik	11	—	5	105 bz G.
do. Wagenb. Anst.	—	—	5	89 B.
Donnersmarkhütte	—	—	5	95 bz G.
Königs- u. Laurah.	12¼	—	5	246 bz G.
Lauchhammer	—	—	5	115½ bz G.
Marienhütte	—	—	5	— —
Minerva	0	—	5	63 bz B.
O. Schl Eisenwerke	—	—	5	— —
Redenhütte	—	10	5	119 bz G.
Schl. Kohlenwerk.	—	—	5	109¾ bz
Schles. Zinkh.-Act.	6	—	5	110⅜ bz G.
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	110 bz B.
Tarnowitz. Bergb.	9	—	fr.	274¾ bz G.
Hyp. Pfdb. d. Pr. Bod	—	—	fr.	102¾ bz
Pomm. Hyp.-Briefe	—	—	5	101½ B.
Goth. Präm.-Pfndb.	—	—	5	105¼ B.
MeiningerPrämPfb	—	—	4	93½ G.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	—	4	121 B.
Schles. Feuervers.	20	—	4	130 G.

Bank-Discont 4½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 28. Januar, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 54, 45. Anleihe de 1871 87, 35. Anleihe de 1872 89, 42½. Italienische 5procentige Rente 65, 55. dto. Tabaks-Actien 850, 00. Franzosen (gestplt.) 771, 25. do. neue —, —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien —, —. Oesterr. Nordwestb. —, —. Lombard. Eisenbahn-Actien 447, 50. do. Prioritäten 252, 00. Türken de 1865 53, 40, do. de 1869 331, 00. Türkenloose 183, 50. Neueste türkische Loose —, —. 6procent. Ver. St. pr. 1882 (ungest.) —. Goldagio —. Fest.

London, 28. Januar, Nachmittags 4 Uhr. Consols 92 5/16. Spanier —. Italien. 5procentige Rente 64⅝. Lombarden 17⅝. Mexikaner —. 5procent. Russen de 1862 92½. 5procentige Russen de 1864 97⅝. Silber —, —. Nordd. Schatzscheine —, —. Französische Anleihe Morgan —. —. Türk. Anleihe de 1865 52 5/16. 6procent. Türk. Anleihe de 1869 64 7/16. 6proc. Verein. St. pr. 1882 92¼. Platzdiscont —. — Fest.

Wechselnotirungen: Berlin 6, 24¾. Hamburg 3 Monat 20, 46. Frankfurt a. M. 119⅝. Wien 12 Fl. 20 Kr. Paris 25, 82. Petersburg 31⅝.

In die Bank flossen heute 6000 Pfd. Sterl.

Frankfurt a. M., 28. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Berliner Wechsel 105. Hamb. Wechsel 87⅛. Lond. Wechsel 118⅛. Pariser Wechsel 92⅝. Wiener Wechsel 107¼. Franzosen alte*) 355½. do. neue 308½. Hessische Ludwigsbahn 175. Böhmische Westbahn 258¾. Lombarden*) 205¼. Galizier*) 245. Elisabethbahn 269. Nordwestbahn 231. Elbthal 197½. Gotthardbahn —. Oberhessen 76⅛. Albrechtsbahn-Act. 183. do. Prioritäten 84. Oregon 42. Creditactien 356⅛. Bayr. Prämien-Anleihe 116⅝. do. Mil.-Anleihe 102. Neue Badische 103½. 1872er russisch-engl. Anleihe vollbez. 88½. do. nicht vollbez. — Russ. Bodencred. 91⅛. Neue Russen 89⅞. Türken 51⅛. Silberrente 65¾. Papierrente 61⅝. Minden-Loose 95¼. 1860er Loose 96¾. 1864er Loose 163½. Ungarische Anleihe 76⅜. do. Loose 111⅜. Raab-Grazer Loose 84⅞. Gömörer 84. Bundes-Anleihe —. Amerikaner de 1882 96⅝. Darmstädter Bankactien 471½. Meininger Bank 145. Dresd. B. 105½. Schuster-Gewerbebank — —. Süddeutsche Bodencredit 110. Deutsch-österreichische Bank 119½. Ital.-deutsche Bank —. Oesterr. Nat.-Bank 1030. Franz.-ital. Bank 90¾. Central-Pfandbr. 97⅛. Prov.-Disc.-Gesellsch. 166⅛. Brüsseler Bank 112¼. Berl. Bankverein 146½. Leipziger Vereinsbank 93¼. Frankf. Bankverein 147. do. Wechslerb. 105½. Centralbank 109½. Antwerpener Bank 109. Englische Wechslerbank 53. Baltischport 87. Newyork. 6proc. Anl. 94⅞. South Eastern 69¼. Kontinental-Eisenbb. 119 9/16. Hahn Effectenbank 129¼. Wiener Unionbank 279. Frankfurter Baubank 107¾. Rjäsbsk-Wjäsma Eisenbahn 88. — Schluß fest, aber still.

Braunau-Straßwalchener Stamm-Actien 175½. dto. Prioritäten 79½.

*) pr. medio resp. pr. ultimo.

Frankfurt a. M., 28. Januar, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 96⅝. Creditactien 356½. 1860er Loose 96¾. Staatsbahn —. Franzosen 355½. Lombarden 205¼. Galizier 245. Silberrente 65 11/16. Papierrente —. Hahn'sche Effectenbank 129¾. Deutsch-Oesterr. Bank 1033. Continental-Eisenbahnbau —. Bankactien —. Raber —. Elisabethbahn 268¾. Provinzial —. Nordwestbahn 230¾. — Fest.

Hamburg, 28. Januar, Nachmitt. [Schluß-Course.] Preuß. Thaler 148⅝. Hamburger Staats-Prämien-Anl. 99½. Silberrente 66⅛. Oesterr. Credit-Act. 306. Oesterr. 1860er Loose 97¼. Nordwestb. 493. Franzosen 760½. Raab-Grazer Loose 85½. Lombarden 436. Italienische Rente 64 11/16. Vereins-Bank 126. Hahn'sche Effectenbank 130¼. Commerzbank 127½. Nordd. Bank 180. Provinzial-Disconto-Gesellschaft 167. Anglo-deutsche Bank 122. do. neue 116½. Dänische Landmannbank 103¾. Dortmunder Union 173½. Wiener Unionsbank 240. 1864er Russische Prämien-Anleihe 123. 1866er Russische Prämien-Anleihe 123¾. Amerikanische de 1882 92⅞. Disconto 4 pCt. Laurahütte 246. Ziemlich fest, aber still.

Hamburg, 28. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fester, auf Termine ruhig. Weizen pr. Januar 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 255 Br., 254 Gd., pr. Januar-Februar 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 255 Br., 254 Gd., pr. April-Mai 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 250 Br., 249 Gd., pr. Mai-Juni 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 250 Br., 249 Gd. — Roggen pr. Januar 1000 Kilo netto 164 Br., 163 Gd., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 164 Br., 163 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 166 Br., 165 Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 166 Br., 165 Gd. — Hafer fester. — Gerste still. — Rüböl fest, loco und pr. Mai 24¾, pr. October pr. 200 Pfd. 74¾. — Spiritus still, pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Januar, pr. Januar-Februar 46¼, pr. April-Mai 46. — Kaffee sehr fest, Umsatz 5000 Sack. — Petroleum behauptet, Standard white loco 12 Br., 11⅞ Gd., pr. Januar 11¾ Gd., pr. Januar-März 11⅝ Gd. — Wetter: Frost.

Hamburg, 28. Januar. [Abendbörse.] 8½ Uhr. 1860er Loose — Amerikaner —. Italiener —. Lombarden 437, —. Oesterr. Credit-Actien 306, —. Oesterr.-Franz. Staatsbahn 760, 50. Nordwestbahn —, —. Anglo-Deutsche Bank —, —. Laura —. Silberrente —. Commerz- u. Disct.-Bank —, —. Dortmunder —, —. Sehr still.

Liverpool, 28. Januar, Nachm. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Fest.

Middl. Orleans 10 5/16, middl. amerikanische 9 15/16, fair Dhollerah 7⅛, middl. fair Dhollerah 6⅝, good middl. Dhollerah 6, middling Dhollerah 5¼, fair Bengal 4⅞, fair Broach 7⅛, new fair Domra 7⅜, good fair Domra 7¾, fair Madras 6⅝, fair Pernam 10¼, fair Smyrna 8, fair Egyptian 10⅛. Amerikanische —.

Manchester, 28. Januar, Nachm. 12r Water Armitage 10, 12r Water Taylor 12, 20r Water Nicholls 13½, 30r Water Gidlow 14¾, 30r Water Clayton 15¾, 40r Mule Mayoll 14⅜, 40r Medio Wilkinson 15⅞, 36r Warpcops Qualität Rowland 15½, 40r Double Weston 17, 60r Double Weston 19½, Printers 16/16 34/50 8½ pfd. 135. — Mehr Geschäft, Preise anziehend.

Petersburg, 28. Januar, Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechselcours auf London 3 Monat 32 23/32, do. auf Hamburg 3 Monat 276½, do. auf Amsterdam 3 Monat 164⅞, do. auf Paris 3 Monat 348⅝, 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 152, 1866er Prämien-Anleihe (gestplt.) 153, Imperials 6, 03, Große Russische Eisenbahn 138½, Internation. B. I. Emission — —. do. II. Emission — —.

Petersburg, 28. Januar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 48½, pr. August 49½, Weizen pr. Mai 14¼. Roggen pr. Mai 7, 40. Hafer pr. Mai-Juni 4, 20. Hanf pr. Juni 35. Leinsaat (9 Pud) pr. Mai 13. — Wetter: Frost.

Königsberg, 28. Januar, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen höher. Roggen fest, loco 121/122pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 50, pr. Januar 49⅙, pr. Frühjahr 50⅚, pr. Mai-Juni 50⅚ Thlr. Gerste gefragter. Hafer still, loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. 38, pr. Frühjahr 40⅔, pr. Mai-Juni, 40⅔ Thlr. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. 44½ Thlr. Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 18¼, pr. Januar 18¼, pr. Frühjahr 18⅚ Thlr. — Wetter: Schön.

Danzig, 28. Januar, Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen behauptet, bunter pr. 2000 Pfd. Zollgew. 81—82, hellbunter 83—84, hochbunter u. glasig 85—91, 126pfd. per Januar 83½, per April-Mai 84½ Thlr. Roggen unverändert, 120pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgewicht inländ. 53⅔, 120pfd. pr. Januar 49, pr. April-Mai 53 Thlr. Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 44—47, große Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgew. 48—53 Thlr. Weiße Koch-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 43—44, do. Futter-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 40—42 Thlr. — Hafer pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 39—40 Thlr. — Spiritus 100 Liter 100 pCt. loco 17¾ Thlr. — Wetter: Frost.

Köln, 28. Januar, Nachmittags 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Wetter Bewölkt. Weizen behauptet, hiesiger loco 8, 17½, fremder loco 8, 15, pr. März 8 13, pr. Mai 8, 11, pr. Juli 8, 10. Roggen unverändert, loco 5, 15, pr. März 5, 10, pr. Mai 5, 14½, pr. Juli 5, 16. Rüböl matt, loco 12⁷/₁₀, pr. Mai 12⁷/₁₀, pr. October 12⁹/₁₀. Leinöl loco 12⁸/₁₀.

Paris, 28. Jan., Nachmittags. [Productenmarkt.] Rüböl fest, pr. Januar 97, 75, pr. März-April 98, 00, pr. Mai-August 99, 00. Mehl weichend, pr. Januar 68, 50, pr. März-April 69, 50, pr. März-Juni 70, 00. — Spiritus pr. Januar 55, 25. — Wetter: Schön.

Liverpool, 28. Januar, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen und Mais unverändert, Mehl träge.

Antwerpen, 28. Januar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen behauptet, französischer 20. Hafer unverändert. Gerste behauptet, Oran 20½.

Antwerpen, 28. Januar. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß, loco und pr. Januar 45 bez., 45½ Br., pr. Febr. u. pr. März 45½ Br. Steigend.

Amsterdam, 28. Januar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Roggen pr. März 196, pr. Mai 198½, per October 204.

Bremen, 28. Januar. Petroleum höher, Standard white loco 18 Mk. 65 Pf. bezahlt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.